4/2013

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Economic Governance – auf dem Weg zu einer »Troika für alle«
Daniel Lehner

Europas Entwicklung
Oskar Negt

Der Antisemit Karl Renner?
Ludwig Dvořák

Wohin führt der neue Papst seine Kirche?
Adalbert Krims

THE REAL EIGHTIES

ÖSTERREICHISCHES FILMMUSEUM

4,50 Euro P.b.b. GZ 02Z033338 M, Verlagspostamt 1010 Wien, Nr.4/2013

EDITORIAL

Omas haben in Österreich besonders schützenswerte Ersparnisse. Das Bankgeheimnis muss daher angeblich vor allem für sie bewahrt bleiben. Meint vor allem, aber nicht nur, Finanzministerin Fekter. Warum das eigentlich so sein soll, bedarf scheinbar keiner Begründung. Tatsächlich bräuchte es die allerdings sehr wohl. Es ist völlig uneinsichtig, dass ausländische GeldbesitzerInnen ihr Geld in Österreich parken können sollen dürfen, ohne dass das die Steuerbehörden im jeweiligen Heimatland erfahren können. Es ist völlig logisch, dass die übrigen europäischen Länder dies als Beihilfe zur Steuerhinterziehung begreifen.

Unverständlich ist aber auch die plötzliche Sorge der ÖVP (und anderer) vor dem allwissenden Steuerstaat. Vor wenigen Wochen noch wollte die ÖVP von allen GemeindebaumieterInnen Steuerbescheide und Vermögensbekenntnisse haben, um darüber zu entscheiden, ob sie in einem geförderten Wohnbau bleiben dürfen (solange es sich nicht um ein Eigentumshaus handelt; das sei nämlich auch mit privaten Mitteln finanziert – im Unterschied offenbar zu den jahrzehntelang gezahlten Mietzinsen). Während hier quasi die ganze Nation Einblick in die Einkunftsverhältnisse von DurchschnittsverdienerInnen nehmen können soll, ist es umgekehrt eine Art Überwachungsstaat, wenn das Finanzamt auch inländischen Steuerhinterziehern leichter auf die Schliche kommen soll? Das ist absurd. Die Oma ist genauso wie alle Beschäftigten als LohnsteuerzahlerIn zur Steuerehrlichkeit verdammt. Leistungsgerechtigkeit sollte eigentlich bedeuten, dass auch alle anderen die Steuergesetze einhalten.

Die April-Ausgabe der ZUKUNFT startet diesmal mit einem Blick über Europas Grenzen: **Muna Duzdar** hat das **Weltsozialforum in Tunesien** besucht und berichtet über ihre Eindrücke aus dem »Mutterland« des arabischen Frühlings.

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe liegt aber auf dem Thema Europa:

Neue Pläne der **EU-Kommission**, die beim **Europäischen Rat** im Juni abgestimmt werden sollen, beinhalten neue Angriffe auf sozialstaatliche Systeme, Gewerkschaftsmacht und ArbeitnehmerInnenrechte in ganz Europa. **Daniel Lehner** fasst die gefährlichen Vorhaben des **Wettbewerbspakts** zusammen.

Daran anschließend dokumentiert die ZUKUNFT das **Referat von Oskar Negt**, das der Sozialphilosoph bei der **Ruster Tagung** der **SPÖ Wien** am 15.03.2013 zum Thema Europa gehalten hat.

Der zweite Teil von **Günther Grunerts** Analyse der **spanischen Wirtschaftssituation** beschäftigt sich mit den Perspektiven zur erfolgreichen Überwindung der Eurokrise.

Franz Schausberger hat mit einem Beitrag im *Standard* eine Debatte über **Karl Renners »Antisemitismus«** und eine **Umbenennung** des nach ihm benannten Ringabschnitts ins Rollen gebracht. **Ludwig Dvořák** zeigt in seinem Beitrag auf, wie der ehemalige ÖVP-Politiker Zitate teilweise entstellt hat. Eine kritische Debatte über Renner sei – wegen seinem Verhalten im April 1938 – durchaus gerechtfertigt, nicht aber als Ablenkungsmanöver vom Antisemitismus der ÖVP-Vorläuferpartei mit verfälschten Zitaten.

Adalbert Krims hat in seinem Beitrag die persönliche Geschichte und die ersten Amtshandlungen des im März zum Papst bestimmten **Franziskus** unter die Lupe genommen.

Karl Wimmler wiederum hat das im März 2013 vollendete zehnteilige Werk der **»Kriminalgeschichte des Christentums«** und die Diskussion um dieses Werk ausführlich besprochen.

Nach den Buchtipps widmet sich das **Schlusswort** der Debatte rund um den Tod einer der umstrittensten Persönlichkeiten der Nachkriegsgeschichte: **Margaret Thatcher**.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

LUDWIG DVOŘÁK
Gf. Chefredakteur

Inhalt

THE TERMINATOR, 1984, JAMES CAMERON
© ÖSTERREICHISCHES FILMMUSEUM

6 **Eine andere Welt ist möglich**
VON MUNA DUZDAR

Schwerpunkt **Welches Europa?**

12 **Economic Governance – auf dem Weg zu einer »Troika für alle«**
VON DANIEL LEHNER

18 **Europas Entwicklung**
VON OSKAR NEGT

22 **Eurokrise und kein Ende – Spanien im freien Fall**
VON GÜNTHER GRUNERT

32 **Der Antisemit Karl Renner?**
VON LUDWIG DVOŘÁK

36 **Wohin führt der neue Papst seine Kirche?**
VON ADALBERT KRIMS

42 **Grandioses Werk oder »Verbindung von Oberflächlichkeit mit Verdrängung«?**
VON KARL WIMMLER

48 **Buchtipps**
Sachliches & Belletristisches

50 **Thatcher**
SCHLUSSWORT

IMPRESSUM Herausgeber: Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift »Zukunft«, 1014 Wien, Löwelstraße 18 **Verlag und Anzeigenannahme:** Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift »Zukunft« (im Eigenverlag) **Herausgeberbeirat:** Mag. Karl Duffek, Wien (Vorsitzender), René Cuperus, Amsterdam, Mag.ª Brigitte Ederer, Wien, Univ.-Prof. Dr. Michael Holoubek, Wien, Univ.-Prof. Dr. Thomas Meyer, Bonn, Giorgio Napolitano, Rom, Dr. Werner A. Perger, Berlin, Univ.-Doz. Dr. Wolfgang Schroeder, Frankfurt a. Main, Univ.-Prof. Dr. Ivan Szelényi, New Haven, Univ.-Prof. Dr. Georg Votruba, Leipzig, Univ.-Prof.in Dr.in Ruth Wodak, Lancester. **Chefredaktion:** Dr. Caspar Einem, Mag. Ludwig Dvořak (geschäftsführend) **Redaktion:** Mag. Alessandro Barberi, Bernhard Bauer, Mag.ª Elisabeth Felbermair, DSA Senad Lacevic, Mag. Armin Puller, Mag. Dr. Michael Rosecker, Mag. Artur Streimelweger, Mag.ª Olivia Weiß **Production Manager:** Dr. Manfred Lang **Art Direction:** Gábor Békési **Druck:** Gutenberg Druck GmbH, 2700 Wiener Neustadt **Coverfoto:** The Terminator, 1984, James Cameron © Österreichisches Filmmuseum

Eine andere Welt ist möglich

Das Weltsozialforum fand im März 2013 in Tunis statt. Die Wiener Landtagsabgeordnete Muna Duzdar nutzte die Gelegenheit für ihren zweiten politischen Aufenthalt in Tunesien nach dem arabischen Frühling und hat für die ZUKUNFT ihre Eindrücke zusammengefasst.

Nach meiner Tunesienreise im März 2012 entschied ich mich, auch im heurigen Jahr Tunesien zu besuchen. Anlass war das Weltsozialforum, das erstmals seit seinem Bestehen und seiner Gründung 2001 im brasilianischen Porto Alegre in einem arabischen Land stattfand. Tunesien – das Mutterland des arabischen Frühlings – war gezielt ausgewählt worden, um Strategien für eine andere Welt zu entwerfen.

Das Weltsozialforum wurde 2001 als Gegenveranstaltung zum Weltwirtschaftsforum in Davos gegründet. Während sich in Davos die größten internationalen Konzerne und politische Eliten Jahr für Jahr in der Schweiz, abgeschirmt von der Bevölkerung, treffen, sollte das Weltsozialforum ein offener Raum für soziale Bewegungen sein.

Ich durfte das Weltsozialforum in seiner Gründungsphase im brasilianischen Porto Alegre 2001 erleben. Damals hörte ich Silva Lula, den späteren Präsidenten Brasiliens, und Hugo Chávez noch als »normale« Redner bei Veranstaltungen des Weltsozialforums zu. Die Aufbruchsstimmung der brasilianischen Arbeiterpartei und der Linken in Lateinamerika war beeindruckend. Nur wenige Jahre später mutierten soziale Bewegungen in Lateinamerika zu politischen Verantwortungsträgern, die in der Tat unter Beweis gestellt haben, dass selbst im 21. Jahrhundert – bei allen wirtschaftlichen Sachzwängen, von denen gebetsmühlenartig immer die Rede ist – Gesellschaften im Sinne der Menschen verändert werden können. Während überwiegend linke Parteien in Lateinamerika heute das politische Sagen haben, kann man sozialistische und sozialdemokratische Parteien in Europa in Regierungsverantwortung an einer Hand abzählen. Dass sich die europäische Sozialdemokratie in einer Krise befindet, zeigt nicht zuletzt der Umstand, dass die von den Europäern dominierte Sozialistische Internationale sich augenscheinlich von den aufstrebenden linken Parteien in Lateinamerika bewusst ferngehalten hat. Sie bevorzugt es offensichtlich, die marginalisierten, lateinamerikanischen, rechten sozialdemokratischen Oppositionsparteien zu beherbergen.

DEMOKRATIE UND SELBSBESTIMMUNG

Wer hätte sich in Tunesien noch vor mehr als zwei Jahren jemals erträumen können, dass dieses Land ein offenes, soziales Forum beherbergen würde, wo soziale Bewegungen aus dem Süden und dem Norden über Demokratie und Selbstbestimmung der Völker diskutieren, Konzepte erarbeiten für eine gerechtere Welt gegen Ausbeutung und Armut? Politische Diskussionen, noch dazu in der Öffentlichkeit, waren ein absolutes No-Go in Tunesien, wollte man nicht riskieren, hinter Gittern zu landen. Selbst mit AuslandstunesierInnen war es nicht möglich, die einfachsten politischen Gespräche zu führen –, der tunesische Geheimdienst hatte offenbar überall seine Fühler. Ohne zu übertreiben: Dieses Forum war wichtig für Tunesien und die tunesische Linke. In den letzten zwei Jahren nach der Revolution gab es keinen »Raum« für viele politische Auseinandersetzungen in Tunesien.

Das diesjährige Weltsozialforum wurde unter das Motto der tunesischen Revolution »Würde« gestellt. Die arabische Dominanz mit den unzähligen arabischen Organisationen war offensichtlich. Auch staatsnahe Organisationen von autoritär geführten arabischen Staaten ließen sich die Chance für propagandistische Zwecke nicht nehmen. Während Algerien 200 junge AktivistInnen an der Grenze zurückschickte, durfte sich das Forum mit manchen Regimeanhängern, verkleidet als NGOs, begnügen. Getoppt wurden diese Umtriebe am Uni-

Campus durch Saddam-Hussein-Bilder irakischer Baathisten und Khomeini-Bildern iranischer Revolutionsgarden, die sich dann auch noch eine Auseinandersetzung mit der arabischen Minderheit im Iran aus der Ahwaz-Gegend lieferten. Abseits dieser Skurrilitäten hatten weder die Baathisten noch die Revolutionsgardeb einen Einfluss auf die Themensetzung.Es stand natürlich der arabische Frühling im Mittelpunkt des Forums, der Kampf gegen autoritäre Strukturen, Ungerechtigkeit und Unterdrückung. Außerdem prägten die politischen Entwicklungen in Tunesien, die Auseinandersetzungen linker und fortschrittlicher Gruppen das Forum.

Die UGTT, der tunesische Gewerkschaftsdachverband (100.000 Mitglieder), die größte tunesische Frauenorganisation, die Vereinigung demokratischer tunesischer Frauen, säkulare Vereinigungen zur Ausarbeitung einer tunesischen Verfassung, allesamt brachten sich nicht nur inhaltlich stark ein, sie nutzten das Forum, um ihre AnhängerInnen politisch zu mobilisieren. Das ist auch gut so, denn seit den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung am 23. Oktober 2011 und dem Wahlsieg der Moslembrüder in Tunesien werden sie politisch und ideologisch herausgefordert.

FALSCHE BETEUERUNGEN

Die regierende Ennahda (Moslembrüder), die zwar vorgibt, moderat zu sein und nicht aufhört zu beteuern, dass die türkische AKP als ihr Vorbild fungiert, wehrt sich zwar offiziell gegen die Umtriebe radikaler Sekten, aber verfolgt ihrer Programmatik entsprechend das Ziel, die Gesellschaft religiös-kulturell umzugestalten. Da ändern tausende Beteuerungen, das republikanische Fundament Tunesiens nicht anrühren zu wollen, nichts. Im kollektiven Gedächtnis der TunesierInnen gehören die Reformen und Errungenschaften im Bereich der Bildung, der Gesundheit, des Sozialwesens, der Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann unter der Ära Habib Bourgibas zur nationalen Identität Tunesiens. Die TunesierInnen sind stolz darauf, dass ihr Land als erstes arabisches Land 1959 die Polygamie, die Zwangsehe, den Verstoß der Ehefrau abgeschafft hat. Seit den 60er-Jahren ist die Abtreibung in Tunesien legal und die Pille kostenlos. Aber gerade diese so im Selbstverständnis der TunesierInnen gewachsenen Errungenschaften ihres Staates, stehen heute wieder in Diskussion. Das zeigt sich auch an der Debatte um die Ausarbeitung einer tunesischen Verfassung. Hier spitzen sich die politischen und ideologischen Auseinandersetzungen zwischen den säkularen und religiös-politischen Kräften zu.

SOZIALE RECHTE AUSBAUEN

Während letztere einen religiösen Bezug in der Verfassung fordern, das Wort Gleichheit durch den Begriff Ergänzung ersetzen wollen, Abtreibung wieder verbieten möchten, das Heiratsalter zu senken wünschen, wollen die anderen die Religion aus den politischen Institutionen zurückdrängen und die demokratischen und sozialen Rechte ausbauen. Kein Wunder daher, dass es noch immer keine Verfassung gibt, offensichtlich ist die Pattstellung zwischen den politischen Lagern noch nicht auflösbar.

Am 7. Februar 2013, also rund eineinhalb Monate vor Beginn des Weltsozialforums, wurde der linke Oppositionspolitiker Chokri Belaid ermordet. Nicht nur Plakate Chokris waren alle hundert Meter auf diesem Forum zu sehen, sondern auch die Frage »Wer hat Chokri Belaid ermordet?« war überall zu lesen. Die derzeitigen Ermittlungen werden nur sehr zaghaft geführt. Chokri Belaid war einer der öffentlich präsentesten und regierungskritischsten linken Politiker in Tunesien. Er hatte monatelang Morddrohungen erhalten und das von der Ennahda (Moslembrüder) geführte Innenministerium hatte es unterlassen, ihn schützen zu lassen. Am Tag vor seiner Ermordung trat er mit dem Landwirtschaftsminister (Ennahda) im öffentlichen Fernsehen auf, Gerüchten zu Folge, soll man ihm nachher gesagt haben, dass man ihn erledigen werde. Belaids Ermordung hat politische Wellen in Tunesien geschlagen und das Land in eine tiefe Krise gestürzt. Nur mühsam versucht sich die von der Ennahda dominierte Regierung mit den zwei kleinen säkularen Parteien, darunter die sozialdemokratische

Partei, mittels einer Regierungsumbildung und der Besetzung der Schlüsselministerien mit sogenannten Unabhängigen zu stabilisieren. Die Ermordung Belaids zeigt aber auch, dass verbale Gewalt, der Aufruf zu Tötungen von PolitikerInnen auch aus Regierungskreisen, nun brutale Folgen zeitigte.

Seit geraumer Zeit nehmen in Tunesien Übergriffe auf Frauen zu, auf die tunesische Intellegenzia, ohne dass diese seriös geahndet werden. Viele, die linke Parteien gewählt haben, haben sich dem ehemaligen Minister Caid Essebsi und seiner neugegründeten Partei Nida Tounes (Aufruf Tunesien) angeschlossen, deren deklariertes Ziel die Verteidigung des zivilen Staates und der tunesischen Republik ist, die Bewahrung und Fortsetzung des Erbes Habib Bourgibas, weil man nicht erkennt, wie die Linke mit ihren schwachen Strukturen eine wirkliche politische Alternative zum religiös-politischen Lager in Tunesien bilden soll.

EIN BUNTES GEMISCH

Am Weltsozialforum waren nicht nur 3.000 Organisationen registriert, es fanden auch innerhalb von sechs Tagen an die 1.200 Veranstaltungen und Workshops statt, weshalb das Spektrum an inhaltlichen Themen ein buntes Gemisch von unterschiedlichen Interessensgruppen war. Gewissermaßen vor den Toren der Europäischen Union befassten sich auch viele Veranstaltungen mit den Ursachen und Folgen der Migration. Von der Entschuldung der Dritten Welt bis zur Bekämpfung der CO_2-Emissionen war wirklich alles dabei, was an Themen politisch vorstellbar ist.

Die Kritik an IWF, Weltbank und WTO gewann angesichts der Absichten der Europäischen Union, in Nordafrika und dem Nahen Osten eine Freihandelszone zu errichten, eine neue Dimension. Die EU möchte »als Beitrag zur Demokratisierung« und in Fortsetzung der bereits bestehenden EU-Assoziationsabkommen mit Ägypten, Marokko, Tunesien, Algerien und Jordanien mittels neuer Freihandelsabkommen die wirtschaftliche Integration mit den betroffenen Staaten ausbauen. In den verschiedensten Foren wurde die Rolle der EU in der Region beleuchtet und die Auswirkungen der Freihandelsabkommen analysiert.

NEOLIBERALEN DOGMEN DER EU

Bedenklich erscheint neben dem Ungleichgewicht der Verhandlungspartner, dass Staaten, die noch keine Verfassung haben und autoritäre Staaten, hier Verträge unterzeichnen, die die Zukunft dieser Länder der nächsten Jahrzehnte wesentlich mitentscheiden werden. In Marokko sitzen marokkanische Attac-Aktivisten im Gefängnis, weil sie gegen das Freihandelsabkommen auftreten, weshalb es am WSF auch eine Petition zur Freilassung dieser Aktivisten gab. In Tunesien hat bereits die Ennahda-geführte Regierung das Freihandelsabkommen mit der EU unterzeichnet. Die neoliberalen Dogmen der EU machen an den eigenen Grenzen nicht halt.

Was hier als Unterstützungsbeitrag zur Entwicklung der Region dargestellt wird, ist in weiten Teilen nichts anderes als das Erschließen neuer Absatzmärkte für die Europäische Union zu Lasten der lokalen Landwirtschaft und Industrie in der Region. Auslandsinvestitionen sollen erleichtert werden und juristisch die Investoren geschützt werden, sodass sie dann selbst gegen die Staaten zu Gericht ziehen können, wenn sie einmal doch nicht so spuren, wie sie es gerne hätten. Der arabische Frühling, der als Revolte gegen sozialen Ungerechtigkeiten und fehlende Perspektive für junge Menschen begann, wird mit einer derartigen Politik mit Sicherheit nicht beendet werden. Während der arabischen Welt diese Politik als Integration in die EU verkauft wird, wird die Freiheit des Kapitals, der Güter und Dienstleistungen gefördert, nicht aber die der Menschen.

Die Abschlusserklärung der sozialen Bewegungen der Welt beginnt mit den folgenden Absätzen: »Als Versammlung der sozialen Bewegungen des Weltsozialforums von Tunesien, 2013, sind wir hier versammelt, um den grundlegenden Beitrag der Völker Maghreb/Maschrek (aus Nordafrika bis zum

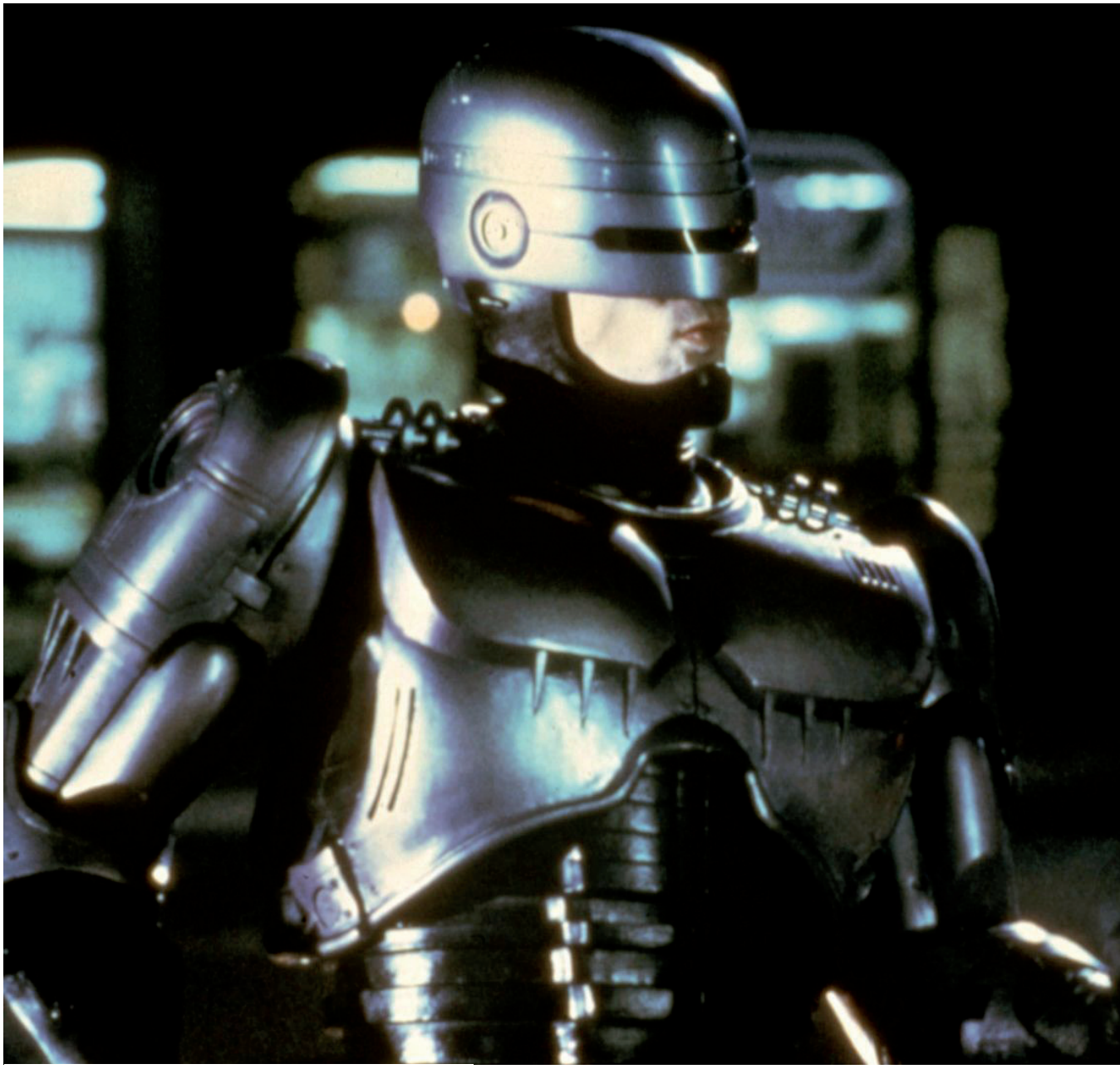
Nahen Osten) in den Aufbau der menschlichen Zivilisation zu bekräftigen. Wir bekräftigen, dass die Entkolonialisierung für die unterdrückten Völker für uns, die sozialen Bewegungen der Welt, eine Herausforderung von größter Bedeutung bleibt.

Während des WSF-Prozesses ist die Versammlung der sozialen Bewegungen der Ort, wo wir in unserer Vielfalt zusammen kommen, um gemeinsame Kämpfe und eine kollektive Agenda zu schmieden, um gegen den Kapitalismus, Patriarchat, Rassismus und alle Formen der Diskriminierung und Unterdrückung zu kämpfen. Wir haben eine gemeinsame Geschichte der Arbeit geschaffen, die zu gewissen Fortschritten geführt hat, vor allem in Lateinamerika, wo wir in der Lage waren, in neoliberale Allianzen einzugreifen und mehrere Alternativen für eine gerechte Entwicklung zu schaffen, die wirklich die Natur ehrt.

Jetzt sind wir an einem Scheideweg, wo rückschrittliche und konservative Kräfte die Prozesse stoppen wollen, die vor zwei Jahren durch die Aufstände in der Maghreb/Maschrek-Region initiiert wurden, die halfen Diktaturen zu stürzen und das neoliberale System herauszufordern, das den Völkern aufgezwungen wird. Diese Aufstände haben sich auf alle Kontinente der Welt verteilt und Empörung und Besetzung von öffentlichen Plätzen inspiriert.«

MUNA DUZDAR

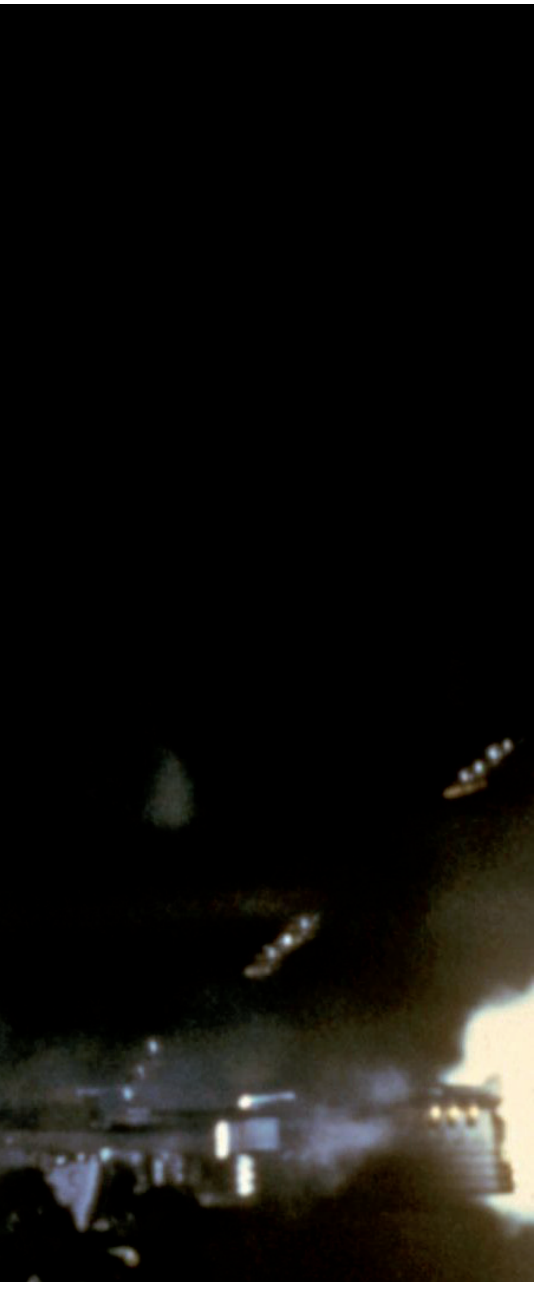
ist Rechtsanwältin und Abgeordnete zum Wiener Landtag und Gemeinderat. Vor einem Jahr besuchte sie als eine der ersten PolitikerInnen Österreichs nach dem arabischen Frühling Tunesien.



ROBOCOP, 1987, PAUL VERHOEVEN © ÖSTERREICHISCHES FILMMUSEUM

THE REAL EIGHTIES

ÖSTERREICHISCHES FILMMUSEUM



The Real Eighties
Amerikanisches Kino 1980–89

8. Mai bis 23. Juni 2013

Eine geläufige Verfallsgeschichte besagt: Alles Übel entspringt den Achtzigern. Sie sind das Scharnier zwischen New Hollywood, dem *last hurrah* der amerikanischen Filmkunst, und der High-Concept-Wüste der Gegenwart: eine Zeit des Übergangs, in der das amerikanische Kino sich im Einklang mit Präsident Reagans neoliberaler Agenda neu ordnete. Die Filmschau *The Real Eighties* hinterfragt diese Vorstellung und sucht nach den widerständigen Texturen und Erzählungen des verfemten Jahrzehnts – auch und gerade aus der Mitte des Hollywood-Mainstream. Dort, in unmittelbarer Nähe zu den Traumfabriken eines Steven Spielberg oder George Lucas harren filmische Realismen ihrer Wiederentdeckung, die quer zu den politischen und ästhetischen Zumutungen der Ära stehen.

Economic Governance – auf dem Weg zu einer »Troika für alle«

Die EU-Kommission legt weiterhin Umtriebigkeit im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion an den Tag: Pläne für nationale Wirtschaftsreformen sollen zukünftig schon vorab mit der Kommission koordiniert und in Verträgen für mehr Wettbewerbsfähigkeit festgelegt werden. Daniel Lehner zeichnet die politische Rationalität dieser Vorschläge nach, die auf eine weitere Schwächung von Parlamenten, ArbeiternehmerInnenrechten und von Gewerkschaftsmacht hinauslaufen.

Staat und Markt bilden keine kommunizierende Gefäße, bei denen der Rückzug des einen die Ausweitung des anderen bedeutet. Wir haben es vielmehr mit einer neoliberalen Konfiguration kapitalistischer Staatlichkeit zu tun, die zwar in ihrer ideologischen Selbstbeschreibung mit der Binarität von Staat und Markt operiert, aber nicht nur die ersten Reaktionen auf die Finanz- und Wirtschaftskrise haben deutlich gemacht, wie eng verzahnt Produktionsverhältnisse und die politischen Strukturen immer schon waren.

Die ökonomische Krisenentwicklung seit 2008, die »als eine Zuspitzung von Widersprüchen der globalen Entwicklung des neoliberalen Kapitalismus analysiert werden« (Bader et al. 2011: 13) kann, muss daher in einem widersprüchlichen und umkämpften Wechselverhältnis mit anderen relativ autonomen gesellschaftlichen Teilbereichen und deren Krisenpotentialen bzw. -tendenzen betrachtet werden. Die ökonomische Krise der Eurozone ist z. B. eng gekoppelt an eine Krise der politischen Repräsentation und es deutet viel darauf hin, dass diese europäische Krisenkonstellation – die an sich offen für emanzipatorische Fluchtlinien und demokratisierende Projekte wäre – durch eine verstärkte neo- bzw. nachliberale Integrationsweise »gelöst« wird, indem eine neue »apparative Struktur des postfordistischen Staatsapparate-Ensemble in Europa« (Georgi/Kannankulam 2012: 3) installiert wird, die die Hegemonie neokonservativer bzw. –liberaler Politiken abzusichern und weiter zu verrechtlichen droht.

Diese Struktur hört auf den Namen »Economic Governance« und erreicht mit den beiden nachfolgend vorgestellten Mechanismen eine neue Stufe auf dem Weg zu einer »vertieften und echten Wirtschafts- und Währungsunion« (COM 2012/777).

EX-ANTE-KOORDINIERUNG VON REFORMEN UND WETTBEWERBSPAKETE FÜR ALLE

Mitte März hat die Kommission Vorschläge für zwei weitere Koordinierungsinstrumente für eine politische Vertiefung der Koordination in Wirtschafts- und Währungsfragen vorgelegt. Die erste Mitteilung betrifft wichtige wirtschaftliche Reformen in der Eurozone (vgl. COM 2013/166). Eine Vorabdiskussion und –koordinierung größerer wirtschaftspolitischer Reformen soll es der Kommission und anderen Staaten erlauben, potentielle Spillover-Effekte nationaler Maßnahmen zu bewerten und dazu Stellung zu nehmen, bevor auf nationaler Ebene endgültig über die Reform entschieden wird.

Diese Idee einer »Ex-Ante-Koordinierung« ist nicht neu, sondern bereits im Artikel 11 des »Fiskalpakts« angedacht. Die Kommission schlägt vor, dass bei den zu koordinierenden Reformen der Schwerpunkt auf Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung, die Funktion der Produkt- und Dienstleistungsmärkte, Finanzstabilität und auf die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen gelegt wird. Anvisierte Reformen sollen in das enge Korsett des »Europäischen Semesters« – 2011 im Rahmen der Europa2020-Strategie eingeführt – eingebunden werden, d.h. mit länderspezifischen Empfehlungen der Kommission, Vorabprüfungen der nationalen Budgetentwürfe und Haushaltsdisziplin gekoppelt werden. Wie soll dies konkret aussehen? Ein Mitgliedsstaat legt seine wirtschaftlichen Reformvorhaben im nationalen Reformprogramm vor. Dar-

aufhin prüft die Kommission das Vorhaben dahingehend, ob und wie die anvisierte Reform Wettbewerbsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit (worunter auch Arbeitsmärkte fallen) beeinträchtigt. Sie gibt daraufhin Empfehlungen ab, insbesondere wie sich diese Reform auf die Eurozone und andere Staaten auswirkt. Auf Basis dieser Einschätzung sollen die Reformpläne dann von den Wirtschafts- und FinanzministerInnen der Euro-Gruppe diskutiert und gegebenenfalls modifiziert werden. Zwar bleibe ein Mitgliedsstaat letztverantwortlich für die abschließende Reformentscheidung, doch fließen die Kommissionsmeinung und die Diskussion der MinisterInnen wesentlich in das Assessment-Verfahren des »Semesters« ein.

Der zweite Vorschlag bezieht sich auf ein Vertragsinstrument, das zwischen Kommission und Nationalstaaten abgeschlossen werden kann (COM 2013/165). Die Grundidee von diesem »Convergence und Competitiveness Instrument«: Mitgliedsstaaten, die sich gegenüber der Kommission verpflichten, »notwendige« Reformen für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit durchzuführen, bekommen von der Kommission Geldmittel, um diese Reformen besser umsetzen zu können und negative soziale Effekte ebendieser abzufedern. Dies soll – so die zynische Idee – die soziale Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion stärken.

Die Kommission hat dabei jene Strukturreformen im Blick, die sich auf die länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen des »Europäisches Semesters« beziehen und zur Stabilität und Prosperität der Wirtschafts- und Währungsunion beitragen – d. h. Wettbewerbsfähigkeit adressieren und das Funktionieren von Arbeits- und Produktmärkten »verbessern«. Das Geld, das die Kommission bei Vertragsabschluss als Lockmittel in Aussicht stellt, dient zur Modernisierung von Berufsqualifizierungssystemen, der Effektivitätssteigerung von Arbeitsmarktpolitiken oder Programmen für lebenslanges Lernen. Mit diesem »Instrument« wird die Durchsetzung neoliberaler »Strukturreformen« mit finanziellen Anreizen verknüpft – sozusagen Zuckerbrot und Peitsche (vgl. Oberndorfer 2013).

Die Kommission schreckt auch nicht davor zurück, dies als Solidaritätsmechanismus zu benennen, wobei bezeichnend und ideologisch entlarvend ist, dass sie gleichsam voraussetzt, dass die von ihr initiierten und begleiteten Reformen soziale Kollateralschäden anrichten. Prinzipiell können alle Mitgliedsstaaten solche Verträge abschließen – mit Ausnahme jener, die bereits unter einem »Troika«-Programm stehen. Mit der Freiwilligkeit ist es aber nicht weit her, wenn der Mitgliedsstaat exzessive makroökonomische Ungleichgewichte aufweist. Die Verträge zwischen einem Mitgliedsstaat und der Kommission kommen wie folgt zustande: Ein Staat legt einen Plan vor, in dem er erklärt, welche Reformen er anzugehen gedenkt, um die erwähnten Empfehlungen der Kommission im Rahmen des »Semesters« zu erfüllen.

Dieser Plan muss dann von den Wirtschafts- und FinanzministerInnen mit konkreten Fristen bewilligt werden und soll dann in eine »vertragliche Vereinbarung« münden. Die Kommission prüft, ob die Reformen zielführend sind und führt dann Verhandlungen mit dem Mitgliedsstaat bzw. legt diesem einen Vertragsentwurf vor. Der Rat kann diesen Vorschlag abnicken oder ändern. Klar ist: keine Einigung, kein Geld. Verletzt ein Mitgliedsstaat einmal eine vertraglich zugesicherte Verpflichtung, sollen die Zahlungen der Kommission eingestellt oder zurückgefordert werden.

Beide Kommissionsvorschläge kommen nicht überraschend und schließen nahtlos an die bisher durchgesetzten Maßnahmen zur Haushaltsüberwachung an (vgl. Kratzer/Schlager 2011; Guth 2013: 39ff). Während die bisherigen fiskalpolitischen Überwachungsinstrumente auf Haushaltsdisziplin und Finanzstabilität abzielen, gehen die hier vorliegenden Vorschläge in Richtung wirtschaftspolitischer Überwachung und Koordination, wobei unter Federführung der Kommission makroökonomische Ungleichgewichte adressiert und »Wettbewerbsfähigkeit« installiert werden soll. Aber auf welcher politischen Logik fußen beide Mitteilungen? Welchen sozialen Regierungskonzeptionen entsprechen diese?

DIE GENERALISIERUNG EINER POLITISCHEN RATIONALITÄT

Die ideologischen Schlagwörter »Strukturreform« und »Wettbewerbsfähigkeit« bilden schon bisher zentrale begriffliche Anker der Kommission bzw. der Troika (Kommission, EZB und IWF), um innerhalb wie gegenüber jenen Nationalstaaten eine austeritätspolitische Agenda durchzudrücken, die auf Gelder aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) angewiesen sind. Diese euphemistisch als Rettungsschirme bezeichneten Gelder unterstützen nun aber nicht – wie man nicht oft genug betonen kann – die Bevölkerungen, sondern retten mitsamt der Zahlungsfähigkeit des betroffenen Staates zuallererst die Gläubigerinteressen gegenüber eben diesem. Gleichzeitig dienen die Verträge zwischen Regierung und Troika, die im Rahmen der Hilfsgelder eingegangen werden, dazu, eine Klassenpolitik von oben durchzusetzen, die außerhalb dieser auch diskursiv herbeiführten Krisensituationen – das mediale Lavieren am Rande des Staatsbankrotts – schlichtweg nicht durchsetzbar wäre.

Gemeinsam mit den jeweiligen Regierungspartnern der betroffenen Staaten setzt die Troika ein politisches Programm auf und um, das einzig an der Stabilisierung des Schuldenstandes interessiert ist – nicht zuletzt um das Vertrauen der Investoren wieder herzustellen und damit dem Nationalstaat die Aufnahme von Krediten am Finanzmarkt zu ermöglichen. Diese fiskalpolitischen Maßnahmen mitsamt den komplementären Sparpolitiken werden dabei – und das ist zentral – gemeinsam von der jeweiligen Regierung und der Troika formuliert und durchgesetzt.

Die Strukturanpassungsprogramme mitsamt der »Hilfsgelder« dienen als instrumenteller Hebel, um politische Projekte zu verrechtlichen, die unter demokratischen Bedingungen kaum mit Legitimität ausgestattet werden würden. Gemeinsam deshalb, weil sowohl die nationale Exekutive als auch die Kommission als europäische Exekutive ein Doppelspiel betreiben: Die nationalstaatliche Regierung – wobei deren parteipolitische Grundierung weitgehend nachrangig ist – kann in diesem Rahmen die Schuld für die sozialen Effekte umgesetzter Maßnahmen externalisieren, während sie den Zeitpunkt der Krise als Ausnahmesituation nutzen kann, um bisher schubladisierte Politikprojekte leichter umzusetzen. Auf der anderen Seite kann die Kommission vermittelt über die nationale Regierung Exekutivmacht über die betroffene Bevölkerung ausüben und austesten, während sie die Verantwortung für die Folgen dieser Austeritätspolitik an die nationalen Umstände, Implementierungsschwächen oder widerwillige Politiker delegieren kann.

Dieses Doppelspiel funktioniert so zu beidseitigem Nutzen, wobei auch hier politisch mit einer Ebenendifferenz – Kommission/Troika vs. Nationalstaat – gespielt wird, derer wir uns aus emanzipatorischer Perspektive mehr denn je entledigen sollten: Es geht in den politischen Auseinandersetzungen über die Art und Weise der Krisenbekämpfung eben nicht vorrangig um Portugal, Österreich, Zypern, die Kommission oder den IWF. Die Konfliktlinien verlaufen nicht zwischen Nationalstaaten, sondern quer zu diesen zwischen jenen Arbeitslosen, Armen, Jugendlichen und abhängig Beschäftigen, denen aktuell die Zukunft geraubt wird und auf die die Kosten der Krisenbekämpfung abgewälzt werden, und jenen ökonomischen Blöcken an der Macht, die ihre (Kapital-)Interessen auf nationaler wie europäischer Ebene privilegiert in die jeweiligen staatlichen Apparate einschreiben können.

Was bedeutet nun der austeritätspolitische Fokus auf Budgetkonsolidierung für die Bevölkerung eines »geretteten Staates«? In erster Linie Kürzungsmaßnahmen im Sinne einer sozialen »Schockstrategie« (Klein 2007). Gegen eine Budgetkonsolidierung, die am Privatvermögen der Wenigen spart, gebe es aus emanzipatorischer Perspektive nichts einzuwenden. Eine auf Vermögenssteuern oder Zwangsanleihen basierende Senkung der Staatschulden würde nicht nur Möglichkeiten für Investitionen in eine nachhaltige und soziale Infrastruktur freispielen, sondern auch das »strategische Dis-

positiv« Staatsschulden (vgl. Lazzarato 2012) – das disziplinierende Herrschaftsverhältnis zwischen Schuldnern und Gläubigern – unterminieren helfen. Ähnlich wie der bürgerliche Fokus auf Wettbewerbsfähigkeit dient auch der liberal-konservative Diskurs über die Staatsschulden(-krise) zuallererst dazu, den Sparimperativ zu verallgemeinern, Löhne zu senken und sozialstaatliche Errungenschaften zu delegitimieren.

Der Fokus auf fiskalpolitische Maßnahmen drückt sich nun aber politisch einzig als staatliche Ausgabenkürzung und Erhöhung der Massensteuern aus. Für die betroffene Bevölkerung insbesondere der südlichen, europäischen Peripherie wird dies als »Flexibilisierung« von Arbeitsmärkten, Eingriff in kollektive Lohnfindungsmechanismen, Unterminierung von erkämpften sozialen Rechten, Privatisierungen, Senkung der Lohneinkommen/Pensionen und als Verarmung breiter Schichten durchdekliniert. Wir haben es hier mit der Logik einer »Schockstrategie« zu tun, die Massenarbeitslosigkeit und humanitäre Probleme bewusst in Kauf nimmt und herbeiführt, um die eigene Agenda (Lohnkürzungen, Aufhebung von Tarifverträgen und Kürzungen im Sozialbereich) umso verstärkter durchzusetzen – im Nachhinein abgefedert durch unterdotierte Sozial- und Beschäftigungsprogramme.

Dies inkludiert insbesondere auf die medial präsente Jugendbeschäftigungsgarantie oder das mit 6 Mrd. € dotierte Jugendbeschäftigungspaket: Abgesehen davon, dass es aktuell nicht einmal ein beschlossenes Budget der EU für die nächsten Jahre gibt und die Umsetzung dieser Beschlüsse an den Willen und die Fähigkeit der nationalen Regierungen in den nächsten Jahren geknüpft ist, sind diese Initiativen nicht wirklich in der Lage, den sozialen Verwüstungen in der europäischen Peripherie etwas entgegenzusetzen. Was eine falsche Wirtschafts- und Fiskalpolitik zerstört, kann nie durch folgende Sozialmaßnahmen korrigiert werden. Und so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass beide Jugendmaßnahmen vor allem als symbolische Zugeständnisse funktionieren sollen, die der Hegemonie der Austeritätspolitik kaum etwas anhaben können.

Diese aggressiven Sparprogramme sollen – so die krude Logik – langfristig zu Wachstum und Beschäftigung führen. Das klingt zynisch und ist es angesichts anhaltender Rezession, Massenarbeitslosigkeit und der zerstörten Zukunft einer ganzen Generation auch. Aber der Glaube daran, dass Austerität wirtschaftliche Dynamiken und private Investitionen freisetzt, darüber neue Jobs generiert und Bedingungen für »nachhaltiges Wachstum« etabliert, dieser neoliberale Glaube ist durchaus echt und ideologisch wirkmächtig.

Die täglichen Pressekonferenzen der Kommission zehren von diesem Glauben an zukünftige Erlösung. Der von allen ernstzunehmenden ÖkonomInnen – meist keynesianischer Provenienz – getätigte Nachweis, dass dies empirisch nicht zutreffe und vielmehr in eine ökonomische Abwärtsspirale einmünde, ist zwar richtig, unterschätzt aber das ideologische Selbstverständnis dieser neoliberalen Glaubenspolitik: Das Eintreffen von Wachstum und Beschäftigung wird stetig in die Zukunft verschoben und könne nur durch kollektive, mit Leiden verbundene Anstrengungen im Jetzt erreicht werden. Die Kommission sieht sehr wohl die verheerenden sozialen Effekte in den Ländern unter dem Schutzschirm, die »notwendigen Strukturreformen« müssten aber im Sinne einer gemeinsamen Aufopferung beibehalten werden. Die Lohn- und Sozialkürzungen sind beabsichtigt, um die nationale Wettbewerbsfähigkeit bzw. Exportindustrie zu steigern.

Es gleicht eine Ironie der Geschichte, dass den makroökonomischen Ungleichgewichten innerhalb der Eurozone – ein Mitgrund für die Krise neben der ungleichen Vermögensverteilung und der Deregulierung der Finanzmärkte – dadurch begegnet werden soll, dass die Eurozone am bundesdeutschen Wirtschaftswesen (Lohndumping, Exportorientierung und Disziplinierung der Arbeitenden und Armen) genesen soll, während genau diese Medizin die Eurozone an den Abgrund führt. Dieser Austeritätspolitik aus linker Sicht vorzuwerfen, dass diese doch gar nicht funktioniere bzw. an den eigenen Ansprüchen nach Wachstum und Beschäftigung scheitere,

verkennt aber, dass das primäre Ziel dieser Politik in erster Linie eine Senkung der Lohn- und Sozialkosten ist. In diesem Sinn funktioniert Austerität sehr gut – zum Wohle des Profits. Die »Krise« wird symbolisch von den herrschenden ökonomischen Blöcken besetzt und als Transmissionsrahmen für eine weitere Aneignung und In-Wertsetzung gemeinsamen, sozialen Eigentums mobilisiert.

BAUSTEINE DER »MARKTKONFORMEN DEMOKRATIE«

Diese hier skizzierte politische Rationalität soll nun über die zwei oben beschriebenen weiteren Meilensteine der Wirtschafts- und Währungsunion auch auf jene Nationalstaaten ausgedehnt werden können, die nicht unter die Obhut der Troika gestellt werden. Anvisiert ist eine Generalisierung dieser politischen Rationalität im Sinne einer Ausdehnung auf alle Mitgliedsstaaten, falls diese in irgendeiner Richtung die harschen Überwachungsrichtlinien im Rahmen des »Europäischen Semesters« zu übertreten gedenken.

Es gebe dann seitens der Kommission nicht mehr »nur« Empfehlungen über »notwendige Reformen«, sondern diese würde über die erwähnten vertraglichen Verpflichtungen noch mehr Macht über wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen ausüben. Die im Gegenzug für solche Reformen angekündigten Geldmittel dienen überdies dazu, den wirtschaftspolitischen Druck auf die Mitgliedsstaaten zum Abschluss solcher Vereinbarungen noch einmal zu erhöhen.

Demokratiepolitisch bedeuten diese beiden Vorschläge der Kommission eine weitere Schwächung der Parlamente zugunsten der nationalen und europäischen Exekutive in wirtschaftspolitischen Fragen. Ziel ist eine Integrationsweise auf europäischer Ebene, die die (Definitions-)Macht in den Händen der Kommission – präziser: in der extrem neoliberalen Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen (DG ECFIN) – verdichten soll. Politische Prozesse finden, wenn überhaupt, nur mehr innerhalb der gesamteuropäischen Exekutive statt, wodurch der Aushandlung von Klassenkompromissen über parlamentarische oder sozialpartnerschaftliche Wege schlichtweg der Boden entzogen wird. Wirtschaftspolitik soll noch mehr als bisher reine Regierungspolitik werden und Regierung bedeutet die disziplinierende Schaffung von Wettbewerbsbedingungen, um die Generierung von Profit anzuheizen. Dies stellt eine weitere Unterminierung demokratischer Legitimität dar – nachdem schon die letzten Bausteine der Wirtschaft- und Währungsunion das Budgetrecht nationaler Parlamente de facto ausgehebelt haben. Dieser »autoritäre Europäische Konstitutionalismus« (Oberndorfer 2012; Guth 2013: 42) will nur mehr symbolische Zugeständnisse an die Armen, abhängig Beschäftigten und Arbeitslosen machen.

Aus sozialpolitischer Perspektive ist angesichts der aktuellen politischen Kräfteverhältnisse in Europa zu befürchten und gleichsam anzunehmen, dass sowohl die Ex-ante-Koordinierung von Wirtschaftsreformen als auch die Wettbewerbspakte die bisher vorherrschende Austeritätspolitik institutionell festschreiben und damit auf Dauer stellen. Zwar machen beide Mitteilungen der Kommission bisher nur ihre Wunschvorstellungen deutlich, die in den kommenden Wochen im europäischen Staatsapparate-Ensemble diskutiert werden sollen. Aber der Weg ist angedacht und im Begriff – als Art Vermächtnis von Barroso/Rehn – über die aktuelle Kommission hinaus Wirkmächtigkeit zu entfalten.

DIE NOTWENDIGE AFFIRMATION ANDERER IDEEN UND PRAKTIKEN

Die im Zuge der »Economic Governance« verabschiedeten Regelungen auf zwischenstaatlicher und europäischer Ebene konstituieren eine neue Konfiguration politisch-staatlicher Herrschaft im Sinne einer wettbewerbsorientierten Integration, in der die Frage nach der demokratischen Legitimität als irrelevant gesetzt wird. Natürlich sind diese Konstitutionsprozesse eines neuen exekutivzentrierten Staatsapparate-Ensembles auf europäischer Ebene umstritten und teilweise auch umkämpft. So fordern u. a. aktuell die sozialdemokratischen

Sozialminister eine Stärkung der »sozialen Dimension« im Rahmen des »Europäischen Semesters«: Andere europäische Apparate sollen verstärkt konsultiert und das ganze Procedere der wirtschaftspolitischen Koordination auf andere Ziele (Investitionen, Beschäftigung, etc.) abgestellt werden. Es ist auch nicht so, dass es an progressiven Ideen mangelt, die auf eine soziale und nachhaltige Transformation des europäischen Staatsapparate-Ensembles und der Krisenbearbeitung abzielen (u.a. DGB 2012; ISM 2013).

Die Konzepte für eine Demokratisierung sowohl der Produktionsverhältnisse als auch der politischen Strukturen liegen weitgehend ausgearbeitet am Tisch. Das Problem sind die herrschenden Kräfteverhältnisse, die einer gemeinsamen Umsetzung dieser Ideen durch die mobilisierten Bewegungen und der Kämpfe innerhalb der Institutionen entgegenstehen. Vielleicht macht es daher strategisch Sinn, sich nach dem Tode Thatchers deren Diskursstrategie der Alternativenlosigkeit aus progressiver Perspektive anzueignen: Während die Linke seit Seattle 1999 darauf bedacht war, der Naturalisierung sozialer Herrschaftsverhältnisse und ökonomischer Ausbeutung dadurch entgegenzutreten, indem kritisch die Möglichkeit einer anderen Ökonomie/Welt/Politik hervorgehoben wurde, ist es vielleicht an der Zeit, die Notwendigkeit alternativer Ideen und Praktiken zu betonen; die praktische Affirmation emanzipatorischer Räume, Gesten und Konzepte statt einer auf Überzeugung abzielenden, distanzierten Kritik.

Ziel ist und bleibt die Demokratisierung staatlicher Apparate, die Wiederaneignung des Gemeinsamen und die Schaffung experimenteller Räume sozialer und egalitärer Reproduktion jenseits sozialer Herrschaft. Es braucht nicht nur die Rückeroberung des Primats demokratischer Politik gegenüber der wettbewerbs- und standortfixierten Legitimierung und Anpassung an Dynamiken der Finanzmärkte, sondern ebenso die Betonung und Ausweitung gemeinsamer Kooperation jenseits der privaten und wettbewerblichen Aneignung des kollektiv hergestellten Reichtums. Während der religiöse Diskurs der Kommission im Modus des zeitlichen Aufschubs und der kollektiven Aufopferung operiert, gilt es aus materialistischer Perspektive entgegenzuhalten: Das gute Leben für alle lässt sich nur im Hier und Jetzt erkämpfen. Dazu gibt es keine Alternative.

DANIEL LEHNER

dissertiert am Institut für Politikwissenschaft (Universität Wien) und ist aktuell Praktikant der Arbeiterkammer Österreich in Brüssel. Der vorliegende Text drückt einzig seine eigene Position aus.

Literatur

Bader, Pauline / Becker, Florian / Demirović, Alex / Dück, Julia (2011): Die multiple Krise – Krisendynamiken im neoliberalen Kapitalismus. In: dies. (Hrsg.), Vielfachkrise im finanzdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA, 11–29. | **DGB** (2012): Ein Marshallplan für Europa. Vorschlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes für ein Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramm für Europa. | **Europäische Kommission** (2012): COM 2012/777 final/2. Ein Konzept für eine vertiefte und echte Wirtschafts- und Währungsunion. Auftakt für eine europäische Diskussion. http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/president/news/archives/2012/11/pdf/blueprint_de.pdf | **Europäische Kommission** (2013): COM 2013/165. Towards a Deep and Genuine Economic and Monetary Union. The introduction of a Convergence and Competitiveness Instrument. http://ec.europa.eu/economy_finance/articles/governance/pdf/2039_165_final_en.pdf und: COM 2013/166. Towards a Deep and Genuine Economic and Monetary Union. Ex ante coordination of plans for major economic policy reforms. http://ec.europa.eu/economy_finance/articles/governance/pdf/2039_166_final_en.pdf | **Georgi, Fabian / Kannankulam, John** (2012): Das Staatsprojekt Europa in der Krise. Die EU zwischen autoritärer Verhärtung und linken Alternativen. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Büro Brüssel. http://rosalux-europa.info/userfiles/file/Staatsprojekt-Europa-Okt-2012.pdf | **Guth, Ralph** (2013): EU-Krisenpolitik als Verrechtlichung der Demokratie: Autoritärer Europäischer Konstitutionalismus und die Negation der Volkssouveränität. In: MomentumQuaterly 2 (1), 33–46. http://momentum-quarterly.org/MQV2N1/MQV2N1-guth.pdf | **ISM** (2013): Umrisse einer solidarischen europäischen Wirtschafts-und Finanzpolitik. Institut Solidarische Moderne. Positionspapier No.4. Berlin. | **Klatzer, Elisabeth / Schlager, Christa** (2011): Die neue Economic Governance auf EU-Ebene. In: Die Zukunft 2011 (5): 16–25.

Europas Entwicklung

In seinem Referat auf der Ruster Tagung skizzierte Oskar Negt auf Einladung der Wiener SPÖ Elemente der falschen gesellschaftlichen Entwicklung Europas und forderte die Entwicklung eines demokratischen europäischen Menschenbilds und eines demokratischen Bildungsprojekts Europas ein. Wir freuen uns, nachstehend eine Abschrift seines Referats veröffentlichen zu können.

Meine Damen und Herren, es ist natürlich eine große Ehre für mich, hier zu Ihnen sprechen zu dürfen, zu einem Thema, das die Menschen gegenwärtig sehr erregt. Ich muss gestehen, ich bin verblüfft, in welcher Weise die Situation derzeit aufgerissen ist: Das hat natürlich damit zu tun, dass in unserer Gesellschaft derzeit Bindungen zerbrechen. Es könnte im Grunde durchaus positiv sein, dass die Parteien und Organisationen nicht mehr auf selbstverständliche Loyalität ihrer Anhänger vertrauen dürfen. Gleichwohl ist die Frage, wohin sich die neuen Bindungen richten. Wir haben ja gerade die Papstwahl erlebt. Da hat sich gezeigt, dass sich z. B. viele Menschen an einem Oberhaupt der Kirche orientieren, von dem sie sich erhoffen, dass er die sozialen Probleme viel stärker in den Vordergrund rückt, als das bisher der Fall war.

BINDUNGSTERTRÜMMERUNG

Lassen sie mich zu diesem Bindungsproblem einige Erläuterungen machen: Ich glaube, dass es immer in der Entwicklung einer Gesellschaft so etwas wie eine Ent-Traditionalisierung gibt. Jede Generation beklagt, dass die Werte der vorhergehenden Generation verlorengegangen sind. Dieses neoliberale Wirtschaftssystem ist aber darauf ausgerichtet, dass Bindungen noch zusätzlich zertrümmert werden. Der marktgerechte Mensch hat möglichst wenige Bindungen. Wenn die Orientierung der alten Bindungen verlorengeht, heißt das aber nicht, dass Bindungsbedürfnisse verlorengehen. Und inzwischen kann man sagen, dass sich Bindungsbedürfnisse nach rechts wenden. Dort werden Kameradschaft und auch bestimmte Werte angeboten, die nicht demokratisch sind. Gerade die Frage, was Demokratie bedeutet, ist ein wesentlicher Punkt für diese Bindungslosigkeit. Man traut den demokratischen Organisationsformen vielfach nicht mehr zu, mit unseren sozialen Problemen fertig zu werden. Für mich ist eine große Gefahr, dass sich im Unterholz unserer Gesellschaft neue Bindungen mit rechtsradikalen Optionen ergeben. Wenn das der Fall ist, müssen wir auch das Projekt Europa unter anderen Gesichtspunkten sehen und drei Mechanismen der falschen gesellschaftlichen Entwicklung Europas erkennen:

Ich glaube, es ist notwendig zu sehen, dass es Formen der Polarisierung in unserer Gesellschaft gibt, die gefährlich sind. Es gibt ja nicht nur Polarisierungen zwischen Arm und Reich, wobei ich es natürlich moralisch skandalös finde, dass in einer der reichsten Volkswirtschaften der Welt, in Deutschland, ein Fünftel aller Kinder in Armut aufwächst. Ich meine, man muss sehen, dass Polarisierung auch als Instrument der Krisenlösung verstanden wird. Nehmen Sie das Bildungswesen: Die Exzellenz- und Eliteuniversitäten sind wieder im Spiel.

Ich halte auch das Instrument der Flexibilisierung für gefährlich: Es gibt ja noch immer die These, der Arbeitsmarkt sei zu wenig flexibel und könne daher bestimmte Leute nicht aufnehmen. Ich meine ganz im Gegenteil, dass die Flexibilisierungskampagnen die Identitäten von Menschen bedrohen. Flexibilisierung bedeutet, dass die Menschen in fragmentierten Lebensverhältnissen existieren. Die Verträge sind kurzfristig, es werden Lebensperspektiven und -planungen durch die Ideologie der Flexibilisierung zerstört.

Das dritte Element einer falschen Krisenlösung ist das der Abkopplung. Ich bin bestürzt über ein neues Phänomen: Bislang bezog sich Abkopplung auf innergesellschaftliche Prozesse. Dass Ratingagenturen ganze Gesellschaften von Produk-

tions- und Lebenszusammenhängen abkoppeln können, das ist ein neu und das ist ein sehr gefährliches Phänomen. Griechenland ist dafür nur ein Beispiel.

Abkopplung bedeutet, dass wir es heute mit einer Drei-Drittel-Gesellschaft zu tun haben, nicht mehr mit einer Zwei-Drittel-Gesellschaft, wie ich sie früher vertreten habe. Es gibt eine Drittelung der Gesellschaft. Einem Drittel der Gesellschaft geht es gut, sie haben auch Partizipationsbedürfnisse und realisieren sie. Das zweite Drittel ist die wachsende Zahl der in kurzfristigen Verträgen prekär existierenden Menschen. Das dritte Drittel ist, wenn diese Form des Kapitalismus weiter existiert, die wachsende Armee der dauerhaft Überflüssigen, die durch Rationalisierungen freigesetzt werden. Noch werden sie durch sozialstaatliche Maßnahmen im Zentrum aufrecht-, vielleicht auch stillgehalten. Aber diese Menschen zeigen ein Ohnmachtsverhalten. Solange Warenproduktion als einzige Form der Produktion gesehen wird, wird die Zahl dieser Menschen, die ausgestoßen werden, immer weiter steigen. Diese Abkopplung halte ich für den gefährlichsten Punkt in unserer gesellschaftlichen Entwicklung.

FALSCHE MECHANISMEN

Polarisierung, Flexibilisierung und Abkopplung: Das sind die falschen Mechanismen der gesellschaftlichen Konstruktion Europas. Wenn wir das nicht bewältigen, wird Europa auseinanderbrechen. Ich meine, es ist eine großartige Leistung des europäischen Zentrums, dass es seit über 60 Jahren keinen Krieg gegeben hat. Seit dem 30-jährigen Krieg und auch davor, ist Europa stets ein Schlachtfeld gewesen und es ist ein gewaltiges Pfund, mit dem man wuchern muss, auch um Stolz zu erzeugen auf ein Europa, das wenigstens den ersten Schritt der Friedensfähigkeit geschafft hat. Wenn ich vom ersten Schritt spreche, dann meine ich, dass es Reformen an Haupt und Gliedern braucht, um weitere Schritte zu machen.

Was bedeutet das alles für die Entstehung eines europäischen Menschenbildes? Ich glaube, dass wir in einer Situation sind, in der die Menschen immer mehr merken, wie sehr sie abhängig sind von den Verhältnissen, wie stark sie manipuliert werden. Ich glaube, wenn wir die Beziehung zwischen Demokratie und Europa herstellen, haben wir bessere Möglichkeiten, die europäischen Wertesysteme deutlicher zu machen. Wir müssen eine gewisse Leidenschaft vermitteln, Europäer zu sein. »Civis Romanus sum« bedeutete ja etwas, das war mit Vorteilen im Imperium verbunden. Im Augenblick ist es ja im Grunde eher so, dass griechischen oder spanischen Jugendlichen das Erscheinen Europas eher damit verbinden, dass ihnen etwas genommen wird. Diese Form der Enteignung von erworbenen Rechten führt natürlich dazu, dass es Jahrzehnte dauern wird, um z. B. die griechische Jugend wieder für Europa zu begeistern.

EUROPÄISCHES MENSCHENBILD

Was ist nun das europäische Menschenbild? Ich denke, es muss ein demokratisches Menschenbild sein. Demokratie ist die einzig staatlich verfasste Gesellschaftsordnung, die erlernt werden muss. Alle anderen Gesellschaftsordnungen, aristokratische, oligarchische etc., stellen sich her. Sie können aber das Lernen nicht favorisieren, sie sind auf leistungsbewusste Mitläufer angewiesen. Nur demokratische Gesellschaftsordnungen bauen auf demokratisch bewussten Menschen auf, die für sich selbst etwas tun können. Ich finde daher auch den Begriff des »Ego-Menschen«, wie Frank Schirrmacher es bezeichnet, skandalös, weil damit aus gesellschaftlichen Tatbeständen anthropologische Konstanten gemacht werden. Wir müssen die Lernprozesse stärken, um nationalstaatliche Souveränitätsrechte in transnationale, demokratische Strukturen umzuwandeln.

Für mich ist Europa daher auch ein Projekt politischer Bildung. Nehmen wir das Beispiel Ungarn: Das sind Systeme, die im Grunde die alten stalinistische Praktiken nicht aufgearbeitet haben und jetzt zurückkehren zu autoritären Entwicklungen, Meinungsfreiheit einschränken und ins Rechtssystem eingreifen. Wir haben viel zu verlieren, wenn Europa nicht gelingt. Doch dafür reichen Rettungsschirme für Banken

nicht aus. Wir brauchen Rettungsschirme für Kultur, für Lernen und Bildung. 750 Milliarden für Kultur und politische Bildung, das wäre etwas Nachhaltiges im Sinne der europäischen Einigung. Europa als Projekt im Sinne eines Gesellschaftsentwurfs zu betrachten, halte ich für sinnvoll und möglich. Wenn wir uns im westlichen Vergleich die Entwicklung des Sozialstaats ansehen, dann können wir feststellen, dass der Ausbau des Sozialstaats nach 1945 ein wesentliches Element der Stabilität der Demokratie in der Nachkriegszeit Europas war. Umgekehrt ist die Plünderung des Sozialstaats, dass Menschen Angst gemacht wird, dass sie wieder Existenzängste haben, etwas, das die Demokratie viel mehr gefährdet als irgendetwas anderes.

Das Potenzial kann man auch sehen, wenn man Integrations- und Ausgrenzungsgesellschaften vergleicht. Nehmen Sie das Beispiel der Strafgefangenen: In den USA gibt es pro 100.000 Einwohner 600 Strafgefangene, in Europa sind es durchschnittlich 60. Das verweist doch auf eine gewisse Struktur der Gesellschaft, die bewahrenswert ist. Ich glaube, die humanen Ressourcen, die in Europa entwickelt, aber nicht immer praktiziert wurden, sichtbar zu machen, ist ein wichtiger Punkt.

EINE GERECHTE GESELLSCHAFT

Ich möchte mit den letzten Sätzen aus meinem Buch 2012 erschienen Buch »Gesellschaftsentwurf Europa: Plädoyer für ein gerechtes Gemeinwesen« schließen: »Je gerechter eine Gesellschaft organisiert ist, desto reichhaltiger ist ihr Legitimationsvorrat. Deshalb ist ein Denken nötig, das von unten ansetzt, das die Lebensbedingungen der Menschen zur Ausgangsbasis aller Reflexions- und Tätigkeitsprozesse macht, und das in den Persönlichkeitsrechten enthaltene Emanzipationsversprechen auf das gesellschaftliche Ganze zu erweitern versucht. Dann könnte der kategorische Imperativ, ohne seine normative Geltung zu verlieren, in etwa so aussehen, wie ihn der junge Marx formuliert hat: ›Radikal sein ist, die Sache an der Wurzel fassen.‹ Die Wurzel für den Menschen ist aber der Mensch selbst. Die Kritik der Religion endet mit der Lehre, dass der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.« Und nicht nur die Mühseligen und Beladenen zu entlasten, durch eine soziale Demokratie, sondern auch die Beleidigten und Erniedrigten, ist ein europäisches Projekt, das durchaus förderungswürdig ist. »Die Würde des Einzelnen und die Würde des Gemeinwesens gehören untrennbar zusammen. Und die Würde hat keinen Preis.« Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

OSKAR NEGT

ist Sozialphilosoph und hatte bis zu seiner Emeritierung den Lehrstuhl für Soziologie an der Leibniz-Universität Hannover inne.

Der vorliegende Text ist die Abschrift seines Referats bei der Ruster Tagung des Wiener SPÖ-Klubs am 15.03.2013.

THE REAL EIGHTIES

ÖSTERREICHISCHES FILMMUSEUM

GLORIA, 1980, JOHN CASSAVETES © ÖSTERREICHISCHES FILMMUSEUM

Eurokrise und kein Ende – Spanien im freien Fall

Mit der Situation der viertgrößten Volkswirtschaft der Eurozone setzt sich Günther Grunert in seiner ausführlichen Abhandlung auseinander. Sie zeigt auf, warum Spanien Defizite braucht, welche Auswege aus der Krise und welche Perspektiven für eine Stabilisierung des Euro-Raums denkbar sind. Der erste Teil erschien in ZUKUNFT 03/2013.

Spanien hat im Jahr 2011 sein Haushaltsziel nicht erreicht: Das Etatdefizit betrug statt der vorgesehenen 6,0 Prozent schließlich 9,4 Prozent des BIP. Da sich auch die Zielmarke für 2012 von 4,4 Prozent schon bald als unrealistisch erwies, genehmigten die Finanzminister der Eurozone und die EU-Kommission dem Land für das vergangene Jahr zunächst ein Defizit von 5,3 Prozent der Wirtschaftsleistung. Dafür sollte aber das Defizit im Jahr 2013 auf keinen Fall über 3 Prozent des BIP liegen. Inzwischen wurde das Spardiktat noch einmal aufgeweicht: Spanien erhält ein weiteres Jahr Zeit und soll nunmehr bis 2014 das Haushaltsdefizit auf 3 Prozent senken. Gleichzeitig verpflichtete sich das Land auf ein Defizitziel von 6,3 Prozent im Jahr 2012 und 4,5 Prozent im Folgejahr 2013.

In der Tat war das Defizitziel von 3 Prozent für das Jahr 2013 wenig realistisch und es ist auch zu bezweifeln, ob dieses Kriterium 2014 erreicht werden kann. Nehmen wir trotzdem (in einer reinen Beispielrechnung) an, es gelänge Spanien wirklich, sein Haushaltsdefizit in naher Zukunft auf 3 Prozent zu senken; gleichzeitig bliebe sein Leistungsbilanzdefizit mit 3,7 Prozent auf dem Stand von 2011. Dann wäre die zwingende Folge, dass der Privatsektor Spaniens ein Finanzierungsdefizit von 0,7 Prozent verzeichnete. Statt sich zu entschulden, würde der private Sektor also seine Schulden erhöhen; die Krise Spaniens wird so nicht gelöst, sondern verschärft. Tatsächlich müsste der spanische Staat alles daransetzen, den nur schleppend vorankommenden Schuldenabbau im Privatsektor zu unterstützen, statt ihn mit einer radikalen Haushaltskonsolidierung zu erschweren oder gar zu blockieren. Denn wenn hochverschuldete Akteure aus dem Privatsektor ihre Ausgaben reduzieren, wenn sie ihre noch verfügbaren Aktiva verkaufen und damit deren Preise nach unten treiben[1], wenn sie gar in großer Zahl den Bankrott erklären müssen und so auch die Gläubiger gefährden, dann gibt es nur noch einen Akteur, der das Ruder herumreißen kann – den Staat. Der Staat ist in der Lage, mit einem genau entgegengesetzten Handeln den Abwärtsprozess zu stoppen: »Er kann eingreifen, indem er seine Ausgaben erhöht und die Konjunktur stabilisiert, er kann auch eingreifen dadurch, dass er selbst beziehungsweise die Zentralbank Aktien oder Anleihen aufkauft, um deren Preisverfall zu stoppen. Er kann auch dafür sorgen, dass Konkursverfahren verschoben werden, indem er überschuldete Akteure herauskauft.« (Flassbeck 2011, S. 111f) Natürlich ist ein solches antizyklisches Verhalten nicht ohne eine höhere Verschuldung des Staates möglich.

Erforderlich wäre also im Fall Spaniens, in der nächsten Zeit auf eine Senkung der Staatsdefizite zu verzichten, da das jetzt stattfindende Deleveraging des Privatsektors, d.h. der Abbau von Altschulden, ohne ein deutliches Defizit der öffentlichen Haushalte nicht aufrechtzuerhalten ist.[2] Wenn der Privatsektor sparen will, um seinen Schuldenstand reduzieren zu können, sind seine Ausgaben gedämpft und nicht in der Lage, das nationale Einkommenswachstum zu stützen. Weil letzteres jedoch die Voraussetzung für einen erfolgreichen Deleveraging-Prozess ist, muss der Staat versuchen, zumindest die Ausgabenlücke, die aus den verstärkten Sparanstrengungen des privaten Sektors resultiert, zu schließen. Eine Bilanzrezession lässt sich nur mit einer staatlichen Stimulierung des Wachstums überwinden, die so lange beibehalten werden muss, bis die Privaten ihre Bilanzen in Ordnung gebracht haben. Richard Koo stellt mit Recht fest: » […] nothing is worse than fiscal consolidation when a sick private sector is mini-

1. Der US-amerikanische Ökonom Hyman Minsky hat diesen Prozess des massiven, gleichzeitigen Verkaufs von »assets«, ihren daraus resultierenden Preisverfall und die ökonomischen Folgen oft beschrieben: »As businesses, households, and financial institutions try to compensate for the shortfall in their cash flows by selling assets, i.e., as they try to make position by selling out position, a serious decline in the market price of both financial and capital assets can result. Such declines lower the mark to market net worth of economic units and adversely affect the demand for consumption and investment output« (Minsky 1995, S. 199). Vgl. z. B. auch Minsky 1982, S. 35f, und Minsky 2008, S. 112f.

2. Bereits Minsky hatte erkannt, dass eine Entschuldung des Privatsektors der Unterstützung durch ein entsprechend hohes Staatsdefizit bedarf. In der Nachkriegsperiode war diese staatliche Unterstützung zunächst auch gegeben: »Earlier in the post-World War II epoch, during the era of active contracyclical fiscal policies, aggregate profits tended to rise during the recession phases of business cycles due to increase in the government's deficit. With aggregate profits stabilized and even rising, a reduction in private debts, induced by various ›crunches‹ in financial markets, took place in an orderly fashion.« (Minsky 1995, S. 205) Vgl. auch Minsky 1980, S. 45f, und Minsky 1986, S. 36f.

mizing debt« (Koo 2011, S. 27). Um es anhand des obigen einfachen Beispiels von Koo zu verdeutlichen: Nur wenn sich der Staat die erwähnten $ 100 leiht und ausgibt, bleiben die Ausgaben der Volkswirtschaft unverändert bei $ 1.000 ($ 900 Ausgaben des privaten Haushalts plus $ 100 Staatsausgaben). Der Staat hält so die Einkommen im privaten Sektor aufrecht und ermöglicht es den Unternehmen und privaten Haushalten, ihre Schulden zurückzuzahlen. Verweigert der Staat seine Unterstützung inmitten einer Phase des Deleveraging des Privatsektors, entspricht dies dem Abzug der oben genannten $ 100 und die Wirtschaft schrumpft von $ 1.000 auf $ 900, dann $ 810 usw.

Nun lässt sich einwenden, dass Spanien und andere Krisenländer der Eurozone große Schwierigkeiten hätten, die Entschuldung des Privatsektors mit einem hohen Staatsdefizit zu unterstützen: Schließlich sind die Kapitalmarktteilnehmer nur noch zu hohen Risikoprämien bereit, ihnen Geld zu leihen. Deshalb schlagen die Institute des Makro-Konsortiums – dies sind die drei Wirtschaftsforschungsinstitute IMK (Düsseldorf), OFCE (Paris) und WIFO (Wien) – die Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds (EWF) vor, einer gemeinsamen Finanzierungsagentur der Euroländer, die durch die Ausgabe niedrig verzinster Eurobonds Mittel aufnehmen und an die Eurostaaten weiterreichen könnte.

Durch die Emission von Eurobonds, die von allen 17 Euroländern garantiert werden, ließen sich die Zinsdifferenzen im Euroraum beseitigen und die Krisenländer kämen in den Genuss eines deutlich niedrigeren Zinsniveaus als derzeit (dazu ausführlicher Makro-Konsortium 2012). Eine alternative, deutlich schneller umsetzbare Lösung besteht darin, dass die Europäische Zentralbank (EZB) erklärt, notfalls unbegrenzt Staatsanleihen der Euro-Krisenländer aufzukaufen, um die Anleihezinsen auf ein tragbares Niveau zu senken und dort zu halten. Da die EZB die Möglichkeit hat, in beliebiger Höhe Euro zu schöpfen und gegen Staatsanleihen einzutauschen, wäre eine Spekulation gegen diese Ankündigung der EZB (in der Erwartung, dass die der Zentralbank zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichen) unsinnig.

Tatsächlich hat sich die EZB in ihrer Stellungnahme vom 6. September 2012 bereit erklärt, unbegrenzt zu intervenieren. Allerdings ist der angekündigte Kauf von Staatsanleihen an die Bedingung gekoppelt, dass die betreffenden Länder beim ESM ein Hilfsprogramm beantragen und die damit einhergehenden Spar- und Reformauflagen akzeptieren.

Im folgenden Abschnitt soll das Anleiheankaufprogramm der EZB einer genaueren Untersuchung unterzogen werden, nicht zuletzt deshalb, weil es in Deutschland eine heftige Kontroverse ausgelöst hat.

6. Wie nützlich ist das Anleihekaufprogramm der EZB?

Das neue Staatsanleihekaufprogramm OMT *(Outright Monetary Transactions)* ist in Deutschland auf teilweise scharfe Ablehnung gestoßen. Die größte Sorge der Kritiker scheint dabei die Inflation zu sein, die aus dem unbegrenzten Kauf von Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt resultiere. So spricht etwa Thorsten Polleit *(Frankfurt School of Finance)* von einer »Politik der Euro-Inflationierung« und prognostiziert: »Es wird nur eine Frage der Zeit sein, bis die Preise steigen und die Kaufkraft des Geldes drastisch absinkt« (Anleihen Monitor, 25. 9. 2012).

Ähnlich harsch urteilt die »Süddeutsche Zeitung«, die eine Finanzierung unsolider Staaten durch die EZB befürchtet, an deren Ende »Blasen, Krisen, Inflation« stünden (Süddeutsche Zeitung, 7.9.2012). Und auch die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute warnen in ihrer Gemeinschaftsdiagnose vom Herbst 2012 vor einer drohenden Geldentwertung: »Wenn […] die EZB auf Dauer als Käufer letzter Instanz für Staatsanleihen von Krisenländern auftritt, führt kaum ein Weg an höherer Inflation vorbei« (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2012, S. 52).

3. Hyman Minsky stellt hierzu mit Recht fest: »Banks are important exactly because they do not operate under the constraint of a money lender – banks do not need to have money on hand in order to lend money« (Minsky 1986, S. 249). Banken vergeben also als Kredite nicht das Geld, das sie zuvor von irgendwelchen Sparern erhalten haben. Vielmehr schaffen sie es »aus dem Nichts«: Gewährt eine Geschäftsbank A einem Kunden einen Kredit über 10.000 Euro, so schreibt sie ihm diesen Betrag auf dessen Girokonto gut (sie braucht dazu weder vorherige Depositen noch Bargeld im Tresor). Damit ist Giralgeld entstanden, über das der Kunde verfügen kann, indem er beispielsweise den gutgeschriebenen Betrag für eine Überweisung nutzt. Natürlich ist die Bank durch die »Geldschöpfung« nicht »reicher« geworden: Sie hat jetzt zwar in ihrer Bilanz auf der Aktivseite eine Kreditforderung gegen den Kunden, dem steht aber in gleicher Höhe auf der Passivseite die Einlage des Kunden als Verbindlichkeit gegenüber. Trotz ihrer Fähigkeit, einen Kredit und ein Depositum »aus dem Nichts« zu schaffen, müssen Geschäftsbanken ihren Forderungsbestand »finanzieren«. Nehmen wir in einem stark vereinfachenden Beispiel an, der Kunde der Bank A zahlt die 10.000 Euro, die er als Kredit erhalten hat und die ihm auf seinem Girokonto gutgeschrieben wurden, an einen Autohändler, der sein Bankkonto bei einer anderen Bank B hat. Bank B schreibt dem Autohändler die 10.000 Euro auf dessen Girokonto gut. Sie hat damit auf der Passivseite ihrer Bilanz das Giro-Guthaben des Autohändlers von 10.000 Euro als Verbindlichkeit, dem steht jedoch auf der Aktivseite eine Forderung gegen Bank A in gleicher Höhe gegenüber, d. h. Bank A

Die EZB teilt offenbar die Sorge, dass die Anleihekäufe zu einem Anstieg der Geldmenge und als Folge zu einem Zuwachs der Preise führen könnten. Sie hat deshalb angekündigt, dass sie an anderer Stelle Geld aus dem Markt nehmen und damit möglichen Inflationsgefahren entgegenwirken werde: »The liquidity created through Outright Monetary Transactions will be fully sterilised« (EZB 2012). Jedoch bezweifeln die Kritiker, dass eine solche Sterilisierung in der Praxis funktionieren könne (Welt.de, 6.9.2012).

Die Befürworter des OMT-Programms verweisen demgegenüber auf die harten Restriktionsauflagen, die Spanien und alle anderen Krisenländer erfüllen müssen, wenn sie die Hilfe der EZB in Anspruch nehmen wollen.

Meines Erachtens geht die Diskussion weitgehend an der eigentlichen Problematik vorbei. Dies beginnt schon bei der Darstellung der technischen Vorgehensweise der EZB. So wird das nur bildlich zu verstehende »Gelddrucken« der EZB, um Staatsanleihen von Euro-Krisenländern zu kaufen, von einigen Kommentatoren offenbar wortwörtlich als Drucken von Papiergeld zur Staatsfinanzierung aufgefasst. So sprechen etwa »Focus«, »Stern« und viele andere vom »Anwerfen der Notenpresse zum Kauf von Bonds« und die »Welt« erklärt, die EZB stelle »für die unbegrenzten Interventionen […] frisch gedrucktes Geld zur Verfügung« (Welt.de, 6.9.2012).

Ob solche Behauptungen aus reiner Unkenntnis resultieren oder aus dem Grund, bewusst (Inflations-) Ängste in der Bevölkerung zu schüren, muss hier offen bleiben. In jedem Fall druckt eine Zentralbank natürlich real kein Geld, wenn sie Staatsanleihen kauft. Um das wirkliche Vorgehen zu verstehen, ist es wichtig zu wissen, dass die Geschäftsbanken Reservekonten bei der Zentralbank ihres Systems halten müssen. Das heißt, sie haben Einlagen bei »ihrer« Zentralbank, sog. Bankreserven, die zusammen mit dem Bargeld die »Geldbasis« bilden. Kauft nun eine Zentralbank auf dem Sekundärmarkt Staatsanleihen, so schreibt sie den Geschäftsbanken die entsprechenden Geldbeträge auf den Reservekonten der Banken bei der Zentralbank gut. Letztendlich findet nur ein »Asset-Tausch« statt: Die Banken verkaufen finanzielle Vermögenswerte und erhalten zusätzliche Reserven als Gegenleistung.

Wie soll daraus Inflation entstehen? Wenn Geld (als Reserven) geschaffen, aber nicht geliehen und ausgegeben wird, gibt es keinen magischen Marktmechanismus, der automatisch und auf mystische Weise alle Produktpreise verändert. Die Anleihekaufgegner und der ökonomische Mainstream behaupten deshalb, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen der Geldbasis (der Summe aus Bankreserven und Bargeld) und der Geldmenge gibt, wobei der sog. Geldmultiplikator Veränderungen in der Geldbasis in Veränderungen der Geldmenge überträgt: Die Zentralbank stellt den Geschäftsbanken die Geldbasis zur Verfügung, aus der die Banken dann – in deutlich größerem Umfang – Geld schöpfen. In dieser Logik führt der oben erwähnte (zu) starke Anstieg der Bankreserven zu einer immensen Kreditexpansion, damit zu einem zu schnellen Ausgabenwachstum (relativ zum Output) und folglich zu Inflation: Zu viel Geld jagt zu wenige Güter.

Diese Idee basiert auf der Annahme, dass Banken Depositen und Reserven benötigen, bevor sie Kredite gewähren können. Banken liehen nur dann Gelder aus, wenn sie über vorherige Reserven verfügten, und das Staatsanleihekaufprogramm OMT stelle solche Reserven bereit. Hätten die Banken mehr Reserven – so die Vorstellung -, könnten sie mehr Kredite vergeben. Tatsächlich aber ist die Kreditvergabe der Banken an Firmen oder private Haushalte nicht durch ihre Reservepositionen beschränkt: Banken verleihen Geld an jeden kreditwürdigen Kunden, den sie finden können, und kümmern sich erst anschließend um ihre Reservepositionen (Mitchell 2009a und 2009b).[3] Wenn sie knapp an Reserven sind, können sie sich untereinander auf dem Interbankenmarkt Geld leihen, Wertpapiere endgültig (»outright«) oder für eine festgesetzte Zeitperiode (im Rahmen »befristeter Transaktionen«) an die Zentralbank verkaufen oder über die

schuldet Bank B 10.000 Euro an Reserven. Wie kann sich Bank A diese Reserven beschaffen, wenn sie nicht darüber verfügt? Eine Möglichkeit ist, Reserven von anderen Banken oder von der Zentralbank zu leihen. Am kostengünstigsten ist für die Banken im Allgemeinen das Einwerben von Einlagen. Obwohl Banken also keine vorherigen Depositen benötigen, um Kredite vergeben zu können, sammeln sich andererseits bei einer Kreditausweitung zusätzliche Depositen bei den Banken an (vgl. dazu auch die Ausführungen im Kasten), so dass für die Banken die Notwendigkeit, sich bei der Zentralbank zu refinanzieren, sinkt. Vgl. zu den technischen Einzelheiten der Kreditvergabe von Banken und der Geldtransfers zwischen Banken die Darstellung bei Fullwiler 2012 und Wray 2012, S. 92–97.

4. Gegenwärtig verfügen die Banken sogar über erweiterte Möglichkeiten: Seit der Finanzkrise können sie sich bei der EZB Notenbankgeld in unbegrenzter Höhe zum derzeitigen Leitzins von 0,75 Prozent leihen.

Spitzenrefinanzierungsfazilität kurzfristige Kredite bei der Zentralbank aufnehmen.[4] Die letztgenannte Möglichkeit wird von den Banken nur ungern in Anspruch genommen, da sie einen »Strafzins« (höhere Zinskosten) beinhaltet.

Sicherlich spielt auf der Ebene der einzelnen Geschäftsbank der »Preis der Reserven« eine Rolle in der Entscheidung der Kreditabteilung, Geldmittel zu verleihen. Aber die Reserveposition an sich ist nicht von Bedeutung. Solange für eine Bank die Zinsspanne zwischen ihrem Verleihzinssatz und dem Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität ausreichend groß ist, wird sie Kredite vergeben.

Tatsächlich gibt es keine funktionale Beziehung zwischen der Reserveposition der Banken und der Inflationsentwicklung. Inflation kann im Kern zwei Ursachen haben: Bei der nachfragebedingten Inflation übertrifft das nominale Nachfrage- das potenzielle Angebotswachstum, d. h. die Möglichkeiten der Realwirtschaft, die steigende Güternachfrage mit einer entsprechenden Produktionsausweitung zu befriedigen. Dies geschieht, wenn die Unternehmen bereits mit voller Kapazität arbeiten, wobei es möglich ist, dass einige Sektoren diesen Punkt eher erreichen als andere und dann beginnen, das Preisniveau in die Höhe zu treiben. Zum anderen kann es zu einer kostenbedingten Inflation kommen, wenn beispielsweise Unternehmen die durch überhöhte Lohnzuwächse hervorgerufenen Kostensteigerungen auf die Preise abwälzen und die gestiegenen Preise dann weitere Lohnforderungen auslösen.

Beides ist im Moment nicht gegeben: Die hohe Arbeitslosigkeit in der Eurozone wird auf absehbare Zukunft wohl kaum starke Lohnerhöhungen zulassen (am ehesten vielleicht noch in Deutschland, aber dort wäre ein höheres Lohnwachstum erwünscht, vgl. dazu Abschnitt 6), so dass eine kostenbedingte Inflation gegenwärtig mehr als unwahrscheinlich erscheint. Aber auch eine nachfragebedingte Inflation droht nicht. Denn in einer ökonomischen Situation, die durch Arbeitslosigkeit und unterausgelastete Kapazitäten gekennzeichnet ist, gibt es immer Raum für reale Anpassungen (d. h. Outputerhöhungen), um einem nominalen Wachstum der aggregierten Nachfrage zu entsprechen. Sollten also tatsächlich die Banken ihre Kreditvergabe an Unternehmen und private Haushalte in nächster Zeit deutlich ausweiten und damit einen Nachfrageschub initiieren, dürften die Unternehmen bei geringer Auslastung der vorhandenen Kapazitäten darauf reagieren, indem sie ihre Ausbringungsmenge steigern. Sie werden Preiserhöhungen ihrer Waren und Dienstleistungen möglichst vermeiden, da sie ihre Marktanteile halten wollen und fürchten müssen, dass ihre Konkurrenten nicht mitziehen.

Aber warum sollte es überhaupt zu einer Erhöhung der Kreditvergabe kommen? Das Anleiheaufkaufprogramm der EZB könnte theoretisch zwar die Nachfrage der Konsumenten und die Investitionsneigung der Unternehmen stimulieren, indem es die längerfristigen Zinsen senkt (wenn die Zentralbank Staatsanleihen kauft und so deren Renditen nach unten drückt). Ob allerdings der Privatsektor im Euroraum, der in Ländern wie Spanien und Irland alle Bemühungen auf eine Erhöhung der Ersparnis bzw. einen Abbau der Schulden richtet und der sich fast überall Austeritätsprogrammen gegenübersieht, bereit ist, seine Kreditnachfrage auszuweiten, darf doch bezweifelt werden (vgl. die Ausführungen unter Abschnitt 4).

Unternehmen fragen nur dann Kredite für Investitionen nach, wenn sie erwarten, dass die von ihnen produzierten Konsum- oder Kapitalgüter von privaten Haushalten und anderen Unternehmen gekauft werden. Im Moment verfügen die Unternehmen vielerorts über große freie Produktionskapazitäten; ein kräftiger Investitionsboom ist mithin nicht zu erwarten. Ebenso wenig dürften die privaten Haushalte, die in einer Situation anhaltender Unterbeschäftigung einem wieder wachsenden Arbeitslosigkeitsrisiko ausgesetzt sind, einen deutlich steigenden Bedarf an neuen Krediten anmelden. Das gilt nicht nur für Spanien und die anderen Euro-Krisenländer, sondern auch für Deutschland, wo sich in diesem Jahr die Kon-

5. Zwar konnte Spanien seine Leistungsbilanzdefizite seit 2008 abbauen (nachdem sie im Jahr 2007 noch 10 Prozent des BIP betrugen); dies erfolgte jedoch nicht auf der Grundlage von Wachstum und reicht keineswegs aus. So zeigt sich beispielsweise bei der Betrachtung der Ex- und Importe von Waren im Handel zwischen Spanien und Deutschland, dass Spanien sein Handelsbilanzdefizit mit Deutschland nicht über wachsende Exporte, sondern vor allem durch die krisenbedingt eingebrochenen Importe verbessert hat. Vgl. z. B. DGB 2012.

junkturentwicklung – nicht zuletzt aufgrund der verschärften Eurokrise und der damit einhergehenden geringen Nachfrage aus dem Euroraum – erheblich abschwächen könnte. In allen wichtigen Industrieländern drückt gegenwärtig eine hohe Arbeitslosigkeit die Löhne und folglich die Einkommenserwartungen, mit der Folge, dass sowohl die Konsumnachfrage als auch die Investitionstätigkeit sehr schwach sind. Auch steigende staatliche Haushaltsdefizite, die diese Ausgabenlücke vollständig kompensieren oder gar überkompensieren würden, sind im Moment weit und breit nicht in Sicht. In jedem Fall lassen sich die vieldiskutierten Preissteigerungen bei Edelmetallen, Immobilien, Nahrungsmitteln oder Öl, die zum allergrößten Teil spekulativ bedingt sind, wohl kaum auf eine Zunahme der öffentlichen Nachfrage zurückführen.

Eine überschäumende Nachfrage, die zu deutlich steigenden Inflationsraten führen würde, ist also gegenwärtig nicht zu erwarten. Die gerade in Deutschland weit verbreiteten Ängste vor Inflation oder gar Hyperinflation sind damit unbegründet. Die Entscheidung der EZB, unter bestimmten Voraussetzungen unbegrenzt Staatsanleihen von Euro-Krisenländern zu kaufen, ist deshalb auch nicht wegen unkalkulierbarer Inflationsrisiken problematisch, wie hierzulande in vielen Medien behauptet wird. Sie ist vielmehr problematisch, weil sie einen an sich richtigen Schritt an Bedingungen knüpft, die den Misserfolg der Maßnahme geradezu vorprogrammieren.

Denn die EZB will einen Anleihekauf nur unter der Voraussetzung vornehmen, dass das betreffende Land ein Hilfsprogramm beim Euro-Rettungsfonds ESM beantragt und sich den damit einhergehenden Spar- und Reformauflagen unterwirft. Die Euro-Währungshüter gehen also nach wie vor davon aus, dass sich Staatshaushalte inmitten einer Rezession durch Sparanstrengungen sanieren lassen, in einer Situation also, in der bereits die privaten Haushalte und Unternehmen massive Sparversuche vornehmen. Da eine solche Politik des Gürtelenger-Schnallens bei den Staatshaushalten die Wirtschaft nur tiefer in die Krise treibt, ist es verständlich, dass Spanien bislang zögert, einen neuen Antrag auf Hilfen des Rettungsfonds ESM zu stellen. Es ist absurd: Statt das dringend erforderliche Wachstum in den Krisenländern zu fördern, bietet die EZB ihre Hilfe an unter der Bedingung, dass das Wachstum weiter geschwächt und der Schaden damit vergrößert wird. Da hilft es dann wenig, dass die Zinsen, die für Staatsanleihen zu zahlen sind, um ein oder zwei Prozentpunkte sinken.

7. Ist die Spanien- und Eurokrise lösbar?

Als bisheriges Resümee lässt sich festhalten: Der Beschluss der EZB, notfalls unbegrenzt Staatsanleihen angeschlagener Euroländer zu kaufen, ist an sich ein Schritt in die richtige Richtung. Dies zeigt sich schon daran, dass allein die Ankündigung von EZB-Chef Mario Draghi, notfalls unbegrenzt zu intervenieren, zu einem Rückgang der Renditen für Staatsanleihen dieser Länder geführt hat. Probleme entstehen jedoch, sobald tatsächlich ein Einsatz des Staatsanleiheprogramms der EZB erforderlich wird: Da die Anleihekäufe an die Bedingung geknüpft sind, dass die Euro-Krisenländer einen Hilfsantrag beim Rettungsfonds ESM stellen und sich anschließend weiteren Restriktionsauflagen unterwerfen, werden dann die positiven Effekte niedrigerer Zinssätze durch die negativen Wirkungen einer verschärften Austeritätspolitik aufgewogen.

Die erste Maßnahme, Spanien (und den anderen Krisenländern) zu helfen, wäre folglich, auf jegliche Auflagen bei einem Kauf von Staatsanleihen durch die EZB zu verzichten, damit eben nicht der Vorteil einer verringerten Zinslast durch den Nachteil weiterer Wachstumseinbußen neutralisiert wird. Natürlich reicht dieser erste Schritt bei weitem nicht aus, um Spanien aus der Krise zu führen. Wie oben erwähnt, ist es darüber hinaus notwendig, in der gegenwärtigen Lage auf einen staatlichen Defizitabbau zu verzichten, um den notwendigen Schuldenabbau im Privatsektor Spaniens voranzutreiben. Längerfristig ist aber insbesondere eine Verbesserung der Leistungsbilanz Spaniens erforderlich.[5] Denn bei einem Leistungsbilanzdefizit lassen sich nicht gleichzeitig öffentliche und private Schulden reduzieren; die Entschuldung des priva-

ten Sektors wird dann zwangsläufig durch eine Verschuldung des Staates erkauft. Je mehr sich die Leistungsbilanz verbessert, desto stärker wird der Staat entlastet, weil bei einem gegebenen Finanzierungsüberschuss des Privatsektors das Defizit der öffentlichen Haushalte umso niedriger ist, je geringer das Leistungsbilanzdefizit ausfällt.

Erst ein Leistungsbilanzüberschuss würde Spanien eine Entschuldung des privaten Sektors und des Staates erlauben, da in diesem Fall die beiden Sektoren Privatsektor und Staat zusammengenommen einen Einnahmenüberschuss in Höhe des Leistungsbilanzüberschusses aufwiesen. Nur ein solcher Einnahmenüberschuss gegenüber dem Ausland (nichts anderes stellt ein Leistungsbilanzüberschuss dar) gäbe Spanien die Möglichkeit, seine immense Auslandsverschuldung abzubauen. Das Gleiche gilt selbstverständlich für die anderen Krisenländer der Eurozone, die bei den bisherigen Überschussländern hoch verschuldet sind: Wollen sie Schulden zurückzahlen, so geht dies nur, wenn im jeweiligen Land der Privat- und der Staatssektor einen Einnahmenüberschuss verzeichnen. Umgekehrt müssten Deutschland und die übrigen Leistungsbilanzüberschussländer gegenüber ihren europäischen Handelspartnern Defizite im Außenhandel zulassen, wenn ein realer Schuldenabbau stattfinden soll, bei dem die Gläubigerländer zumindest einen Teil der Schulden des Auslands zurückerhalten.

Wichtig ist, dass eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und damit der Leistungsbilanz Spaniens (wie aller anderen Krisenländer) nicht durch eine allgemeine Lohnsenkung erfolgen darf. Denn bei sinkenden Einkommen wären viele Arbeitnehmer noch weniger als bisher in der Lage, ihre Kredite zu bedienen, mit der Folge, dass eine wachsende Zahl von Hypothekenschuldnern ihre Wohnungen und Häuser verlöre und die Banken noch mehr faule Kredite in ihren Büchern zu bilanzieren hätten. Die Steuereinnahmen des Staates sänken weiter, die Sozialausgaben wüchsen notgedrungen. An einen Aufschwung der privaten Investitionstätigkeit wäre auf Jahre hinaus nicht zu denken, da die mangelnde Auslastung der Kapazitäten jegliche Gewinnperspektive potenzieller Investoren zunichte machte. Darüber hinaus entstünde bei einer flächendeckenden Lohnsenkung die Gefahr einer Deflation, die zu einer Erhöhung der Realzinsen und der realen Schuldenlast führen und so die Krise Spaniens weiter verschärfen würde.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich unmittelbar eine Lösungsstrategie für die Eurokrise: Die Lohnstückkostenpfade müssten im Euroraum in einem Prozess der EWU-weit koordinierten Lohnpolitik umgekehrt werden, d. h. die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten Spaniens und der anderen Defizitländer relativ zu denen der Überschussländer solange langsamer wachsen, bis sich die Lohnstückkostenniveaus wieder angeglichen haben. Deutschland müsste vom Inflationsziel der EZB nach oben abweichen (statt 2 % ungefähr 3 % Preissteigerung tolerieren), die Krisenländer nach unten (1 % statt 2 %). Die Wettbewerbsfähigkeit der Länder mit Auslandsschulden könnte so allmählich wiederhergestellt werden, so dass die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte beseitigt würden.

Wie realistisch ist ein solches Szenario? Es muss ehrlicherweise eingeräumt werden, dass der hier vorgeschlagene Lösungsweg nur geringe Realisierungschancen besitzt. Auf der anderen Seite hat aber die Europäische Währungsunion bei einer Fortführung der bisherigen Wirtschaftspolitik keine Zukunft mehr. Es bleibt also nur die vage Hoffnung, dass es doch noch zu einer Abkehr von dem desaströsen Austeritätskurs kommt, wenngleich insbesondere in Deutschland kaum Anzeichen für ein Umdenken zu erkennen sind. Möglich wäre allenfalls, dass sich die Euro-Südländer einschließlich Frankreichs koordiniert gegen die ihnen aufgezwungene Austeritätspolitik zur Wehr setzen, zumal Frankreich immer stärker mit in den Abwärtsstrudel gerät: Die seit Monaten wieder stark steigenden Exportüberschüsse Deutschlands gehen zunehmend zulasten Frankreichs; seit 2009 ist der deutsche Überschuss gegenüber Frankreich um etwa die Hälfte angestiegen.

Kommt es nicht bald zu einer Kursänderung der Wirtschaftspolitik in der Eurozone, so bleibt letztlich nur die Möglichkeit, für eine möglichst rasche Beendigung der Währungsunion in ihrer jetzigen Form zu plädieren, um den gewaltigen ökonomischen Schaden, der ohnehin schon Ländern wie Spanien, Griechenland oder Portugal zugefügt wurde, nicht noch zu vergrößern. Dies umso mehr, als auch die politische Zerrüttung im Euroraum in geradezu beängstigender Weise zunimmt; man denke nur an die Häme und den Spott, die sich in den hiesigen Medien fast täglich über die südlichen Euroländer (insbesondere Griechenland) ergießen, und die Wut und Empörung auf der anderen Seite. Es ist keineswegs mehr auszuschließen, dass eine Fortführung der Austeritätspolitik auf Dauer Demokratie und Frieden in Europa ernsthaft gefährdet.

Damit sollen die immensen Probleme, die mit einem Ausstieg aus der Währungsunion verbunden sind, nicht geleugnet werden. Vielleicht wäre ein gemeinsamer Austritt der Krisenländer, verbunden mit einer temporären strikten Kontrolle des Kapitalverkehrs, der am wenigsten riskante Weg. In jedem Fall ist es meines Erachtens dringend notwendig, sich mit der Frage, wie eine Auflösung der Währungsunion mit einem Minimum an Friktionen umgesetzt werden könnte, intensiv zu beschäftigen.

GÜNTHER GRUNERT

ist an den Berufsbildenden Schulen der Stadt Osnabrück am Pottgraben mit den Schwerpunktbereichen Berufs- und Fachoberschule Wirtschaft tätig. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Makroökonomie, internationale Wirtschaftsbeziehungen, Arbeitsmarkt. Der erste Teil seiner Abhandlung erschien in ZUKUNFT 03/2013.

Der vorliegende Aufsatz erschien erstmals am 15.1.2013 als Diskussionsbeitrag auf den Nachdenkseiten (www.nachdenkseiten.de)

Literatur

Bergheim, S. (2007): Spanien 2020 – die Erfolgsgeschichte geht weiter, in: Deutsche Bank Reseach, 11. September, Frankfurt, http://www.dbresearch.de/PROD/DBR_INTERNET_DE-PROD/PROD0000000000215308.pdf; letzter Zugriff: 15.11.2012 | **Borio, C./ Disyatat, P.** (2009): Unconventional monetary policies: an appraisal, in: BIS Working Papers, No. 292, November | Disyatat, P. (2010): The bank lending channel revisited, in: BIS Working Papers, No. 297, Februar | **DGB** (2012): Spanien: Kürzungspolitik führt in die Katastrophe, in: klartext 37, http://www.dgb.de/themen/++co++b3d78e7c-2434-11e2-9a7d-00188b4dc422, letzter Zugriff: 15.11.2012 | **Eurostat** (2012): newsrelease euroindicators, http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-30112012-BP/EN/3-30112012-BP-EN.PDF, letzter Zugriff: 15.12.2012 | **EZB** (2008): Monatsbericht Juli, Frankfurt | **EZB** (2012): Press Release, 6.9.2012, http://www.ecb.int/press/pr/date/2012/html/pr120906_1.en.htmlECB, letzter Zugriff: 15.11.2012 | **Flassbeck, H.** (2010): Die Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts, Frankfurt/Main | **Flassbeck, H./Spiecker, F**. (2012): Falsche Diagnose, falsche Therapie – wie die Politik in der Eurokrise dank falscher Theorie versagt, in: WISO, Nr. 2, S. 15-26 | **Fullwiler, S.** (2012): Krugman's Flashing Neon Sign, in: New Economic Perspectives, http://neweconomicperspectives.org/2012/04/krugmans-flashing-neon-sign.html, letzter Zugriff: 15.11.2012 | **Grunert, G.** (2011a): Das absurde deutsche Exportmodell, in: Politik unterrichten, Heft 1, S. 14-20, http://3071.nibis.de/inhalte/PU/1_2011/Grunert.pdf; letzter Zugriff: 15.11.2012 | **Grunert, G.** (2011b): Nach dem Schuldenabkommen – neue Hoffnung für Griechenland und den Euro?, in: Paukos, Ausgabe 2/2011, http://www.gew-osnabrueck.de/PAUKOS/2-2011/Grunert.pdf; letzter Zugriff: 15.11.2012 | **Horn, G./ Lindner, F./ Niechoj, T./ Sturm, S./ Tober, S./ Truger, A./ Will, H.** (2011): Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik 2011 – Der Euroraum in Trümmern?, in: IMK Report Nr. 59, Januar | **Horn, G./ Lindner, F./ Tober, S./ Watt, A.** (2012): Quo vadis Krise? Zwischenbilanz und Konzept für einen stabilen Euroraum, in: IMK Report 2012 | **Koo, R. C.** (2003): Balance Sheet Recession: Japan's Struggle with Uncharted Economics and its Global Implications, Clementi Loop, Singapore | **Koo, R. C.** (2011): The world in balance sheet recession: causes, cure, and politics, in: real-world economics review, no. 58, S. 19-37, http://www.paecon.net/PAEReview/issue58/Koo58.pdf; letzter Zugriff: 15.11.2012 | **Makro-Konsortium** (2012): Fiskalpakt belas-

tet Euroraum, in: IMK Report 71, März | **Minsky, H. P.** (1980): Chapter II: The Sky Did Not Fall in 1975: The Impact of Big Government, in: Hyman P. Minsky Archive. Paper 311, http://digitalcommons.bard.edu/hm_archive/311/; letzter Zugriff: 15.11.2012 | **Minsky, H. P.** (1982): The Financial-Instability Hypothesis: Capitalist Processes and the Behavior of the Economy, in: Kindleberger, C. P./ Laffargue, J.-P (eds.), Financial Crises – Theory, History, and Policy, Cambridge, S. 13-39 | **Minsky, H. P.** (1986): Stabilizing an Unstable Economy, New Haven and London | **Minsky, H. P.** (1995): Financial Factors in the Economics of Capitalism, in: Journal of Financial Services Research, 9, S. 197-208 | **Minsky, H. P.** (2008): John Maynard Keynes, New York | **Mitchell, B.** (2009a): Building bank reserves will not expand credit, http://bilbo.economicoutlook.net/blog/?p=6617; letzter Zugriff: 15.11.2012 | **Mitchell, B.** (2009b): Building bank reserves is not inflationary, http://bilbo.economicoutlook.net/blog/?p=6624; letzter Zugriff: 15.11.2012 | **Mitchell, B.** (2010): Questions and Answers 1, http://bilbo.economicoutlook.net/blog/?p=7591; letzter Zugriff: 15.11.2012 | **Mitchell, B.** (2012): A lost generation in Europe is being deliberately created by the elites, http://bilbo.economicoutlook.net/blog/?p=21138, letzter Zugriff: 15.11.2012 | **OECD** (2005): Observer: Spain's economy, No. 249, May | **Papadimitriou, D. B./Wray, L. R.** (2012): Euroland's Original Sin, in: Levy Economics Institute of Bard College, Policy Note, 8 | **Polleit, T.** (2012): Mit dem ESM in die Euro-Inflationsgemeinschaft, in: Anleihen Monitor, 25.9.2012, http://www.anleihenmonitor.de/?hp=683 | **Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose** (2012): Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2012: Eurokrise dämpft Konjunktur – Stabilitätsrisiken bleiben hoch, München | **Sánchenz, F. R.** (2012): Youth Unemployment in Spain – Situation and Policy Recommendations, Friedrich-Ebert-Stiftung, International Dialogue | **Tobin, J.** (1963): Commercial Banks as Creators of «Money", in: Carson, D. (ed.), Banking and Monetary Studies, Homewood, S. 408-419 | **Wray, L. R.** (1998): Understanding Modern Money – The Key to Full Employment and Price Stability, Cheltenham | **Wray, L. R.** (2012): Modern Money Theory – A Primer on Macroeconomics for Sovereign Monetary Systems, New York

COP, 1988, JAMES B. HARRIS © ÖSTERREICHISCHES FILMMUSEUM

THE REAL EIGHTIES

ÖSTERREICHISCHES FILMMUSEUM

THE OUTSIDERS, 1983, FRANCIS FORD COPPOLA © ÖSTERREICHISCHES FILMMUSEUM

Der Antisemit Karl Renner?

Gekränkt über die Umbenennung Karl-Lueger-Rings und Kritik am Antisemitismus des Christlichsozialen Leopold Kunschak, übt sich ÖVP-Historiker und Ex-Landeshauptmann Franz Schausberger im Entlastungsangriff: Eine Reihe von Zitaten aus den Stenographischen Protokollen des Nationalrats sollen Karl Renner des Antisemitismus überführen. Ludwig Dvořák geht einigen dieser Zitate genauer nach und wirft die Frage auf, warum die ÖVP die Aufarbeitung ihrer eigenen Geschichte durch solche Ablenkungsmanöver zu torpedieren versucht.

Alle Jahre wieder, so scheint es, beschäftigt Karl Renner den Ex-Landeshauptmann und ÖVP-Politiker Franz Schausberger: Immer dann, wenn eine Debatte über das antisemitische Erbe der ÖVP-Vorläuferin, der Christlichsozialen Partei, auszubrechen droht, empören ihn als antisemitische gebrandmarkte Zitate Renners aus Parlamentsdebatten der Ersten Republik. Schausbergers wichtigste Ableitung aus den von ihm präsentierten Erkenntnissen: Man dürfe den Lueger-Ring nicht umbenennen, weil sonst dem Renner-Ring das gleiche Schicksal widerfahren müsse. Im Sommer 2012, als es mit der Umbenennung des Lueger-Rings ernst wurde, stieß ein entsprechender Beitrag in der »Furche«[1] allerdings auf wenig Resonanz.

Eine zweite Chance bot sich im März dieses Jahres, als der unabhängige Historiker Kurt Bauer, den Antisemitismus von Luegers Gefolgsmann, des christlichen »Arbeiterführers« Leopold Kunschak im Standard anprangerte.[2] Mit den gleichen Zitaten wie im Jahr davor, versuchte Schausberger auch diesmal die Debatte auf Karl Renner zu lenken. Diesmal mit größerem Erfolg: In einigen Medien, von Profil bis Falter wurden Schausbergers Zitate (teilweise offenbar ohne nähere Recherchen) übernommen, und drängten die Argumente Kurt Bauers in den Hintergrund. Zusätzlich erschienen Schausbergers Ausführungen inzwischen auch in dem von Andreas Khol mitherausgegebenen »Jahrbuch für Politik 2012«.[3] Renner, so versucht es Schausberger darzustellen, verlange nach Taten in der »Judenfrage«, rufe zum Pogrom auf und werfe Kunschak und den Seinen Laschheit in Sachen Antisemitismus vor.

KARL RENNER – »DER MANN FÜR ALLE JAHRESZEITEN«

Nun bietet sich das Gedenkjahr durchaus auch für eine kritische Beurteilung der Person Karl Renners an. Sein Verhalten im März und April 1938, als er sich in die Anschluss-Propaganda der Nazis aktiv einbrachte, ist mehr als nur fragwürdig. Gerade viele linke SozialdemokratInnen haben von jeher ein ambivalentes Verhältnis zum »Pragmatiker« Karl Renner, der sich im Angesicht der Ausschaltung des Parlaments durch Dollfuß zu sehr weitgehenden verfassungsrechtlichen Konzessionen an die Feinde der Demokratie bereit zeigte, und den Fritz Adler vor dem Ausnahmegericht wegen seines Opportunismus auch als »Karl Lueger der Sozialdemokratie« bezeichnete.

Gerade unter diesem Aspekt sind die von Schausberger zusammengestellten Zitate besonders verstörend und sind eine nähere Beschäftigung wert. Verstörend ist allerdings selbst bei oberflächlicher Prüfung, dass es Schausberger dem Effekt zuliebe mit dem Kontext der Zitate anscheinend nicht so ernst nimmt und sie teilweise schwer entfremdet wiedergibt.

ENTFREMDETE ZITATE

Nehmen wir z. B. den von Schausberger erhobenen Vorwurf, Renner habe zur Genfer Sanierung sinngemäß gesagt, sie sei »nichts anderes als eine Unterwerfung unter das jüdische Großkapital, wodurch die besitzenden Klassen immer mehr landesfremd, nämlich jüdisch, würden.« Schausberger bezieht sich auf die Plenardebatte vom 26.11.1922 zur von Kanzler Seipel vereinbarten »Genfer Anleihe«. Für die zugesagte An-

1. http://austria-forum.org/af/Wissenssammlungen/Essays/Zeitgeschichte/Karl_Renner
2. http://derstandard.at/1362108251435/Der-Anschluss-und-der-Judenhass-einer-OeVP-Ikone
3. Khol/Ofner/Karner/Halper (Hrsg.), Jahrbuch für Politik 2012 (2013) 483.
4. http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=spe&datum=0003&page=5938&size=45
5. http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=spe&datum=0003&page=1096&size=45

leihe sollte sich Österreich zu massiven Sparmaßnahmen unter internationaler Aufsicht verpflichten. Renner spricht sich in einer sehr langen Rede vehement gegen die Pläne aus, weil sie die junge Republik von politischen Entwicklungen anderer Länder abhängig mache. Die weitere wirtschaftliche und politische Entwicklung Österreichs bis 1938 lässt diese Befürchtung im Nachhinein als absolut berechtigt erscheinen. Das Ziel der Kritik ist der christlichsoziale Kanzler Seipel, dem Renner vorwirft, er habe »die Schlüssel ausgeliefert jenem internationalen Kapital, dass Sie selbst das jüdische nennen.«[4]

Nicht Renner attackiert also das »jüdische Kapital«, er spricht vielmehr die antisemitische Propaganda der Christlichsozialen an, die u.a. auch in der vorangegangenen Regierungserklärung davon gesprochen hatten, dass »das bodenständige, christliche, deutsche Volk« die Genfer Sanierung begrüße.

Noch fragwürdiger erscheint, dass Schausberger den Eindruck erweckt, Renner werfe den Christlichsozialen den »Verrat« an Luegers' Antisemitismus vor, sodass dieser sich im Grab umdrehen müsse wie ein perpetuum mobile. Tatsächlich fällt das Zitat in einem völlig anderen Kontext: »Die christliche Schule des Staatssozialismus, von Vogelsang angefangen, haben Sie vergessen. Heute haben Sie als Grundsatz aufgestellt, der Staat dürfe nichts besitzen, der Staat müsse vom Felde der Wirtschaft abtreten, alles müsse dem Privatkapital ausgeliefert werden, und wäre es selbst das fremde Kapital, und ich sage Ihnen, wenn der arme Dr. Lueger jedesmal, wenn Sie gegen seinen Geist sündigen, sich nur einmal im Grabe umgewendet hat, so müsste er in diesen zwei Jahren schon zum perpetuum mobile … geworden sein.«

»Luegers Geist« bezieht sich hier also ausschließlich auf den Umstand, dass unter dem christlichsozialen Bürgermeister in Wien umfangreiche Kommunalisierungen stattgefunden hatten, nun aber die Privatisierungs-Ideologie um sich greife. Auf Luegers Antisemitismus bezieht sich Renner hier überhaupt nicht.

Und auch die Darstellung Schausbergers, Renner appelliere an die Christlichsozialen, in der »Judenfrage« durchzugreifen, liest sich im Zusammenhang deutlich anders. Renner repliziert am 23.11.1920 auf die Regierungserklärung von Bundeskanzler Mayr. Er attackiert die Christlichsozialen dafür, dass sie schon seit Luegers Zeiten die Regierungsgeschäfte im Hintergrund kontrolliert, sich gleichzeitig aber öffentlich als Opposition gebärdet hätten. Nun seien sie direkt zur Regierung gelangt und könnten auf dem Gebiete der Wirtschafts-, Außen- und Sozialpolitik nicht mehr die Schuld auf andere schieben.

Renner sagt in diesem Zusammenhang: »So werden wir denn alle Handlungen dieser Regierung mit lebhaftem Interesse erwarten. Wir werden Sie nicht hemmen, wir haben das Interesse, dass Sie sich ausleben können.« Meint Schausberger etwa, dass sich die Sozialdemokratie in vollem Ernst die Verwirklichung christlichsozialer Wirtschafts-, Außen- und Wirtschaftspolitik wünscht?

Im Verlauf der Rede spitzt Renner seinen Sarkasmus weiter zu und gelangt zu dem von Schausberger aus dem Zusammenhang gelösten Zitat: »Der Wahlkampf wurde eigentlich nicht um diese Dinge geführt, er wurde geführt um die Judenfrage. Sie werden nun die Gelegenheit haben, die Judenfrage zu lösen … Leben Sie sich aus …«.

Wie wenig gelegen Renner an antisemitischer Wahlkampfführung ist, bricht an dieser Stelle aus ihm heraus: »Ich bin überzeugt, wenn Sie keine Juden hätten, der [christlichsoziale Abgeordnete] Dr. Jerzabek würde selbst nach Ostgalizien fahren und tausend Ostjuden herbringen als Agitationsmittel. Diese Frage hat in den Wahlen entschieden und entschieden hat die allgemeine Anschwärzung und Herabsetzung.«[5]

Ganz ähnlichen Ursprungs ist Schausbergers Unterstellung, Renner verlange »unzweifelhaft« nach einem Judenpogrom und fordere zu diesem Zweck ein Ministeramt für Leopold Kunschak:[6] In der Debatte des Nationalrats vom 07.03.1921 entrüstet sich Bundeskanzler Mayr darüber, dass sozialdemokratische Abgeordnete seine Regierung als eine Art »zweite Garnitur« abtun würden. Renner höhnt, das sei ein Missverständnis, man wolle niemandem zu nahe treten, schon gar nicht den Mitgliedern der Regierung, unter denen »brave Familienväter« seien. Er selbst sei der Überzeugung, dass »der Bundeskanzler zu den aufrichtigsten Menschen gehört, die die christlichsoziale Partei zur Verfügung hat«.[7]

Zu kritisieren sei aber, dass diejenigen, die dem (als verleumderisch kritisierten) letzten Wahlkampf geführt hätten, nicht in die Regierung eingetreten seien: »Herr Professor Seipel und Herr Kunschak und Sie alle miteinander, welche früher und jetzt das große Wort geführt haben, und welche dann, wenn es die Erfüllung dieses Wortes gilt, sich bescheiden im Hintergrund halten, als würden Sie nie ein Wässerchen getrübt haben, wo doch jedermann weiß, dass in allen Ministerien der eigentliche Regent, nicht Dr. Michael Mayr, sondern Professor Seipel ist.« Das Protokoll vermerkt an dieser Stelle: »Lachen«.

Und hier fällt nun das von Schausberger völlig aus dem Zusammenhang gelöste Zitat, dass Renner Kunschak als »Spezialminister für Judenfragen« auf der Ministerbank vermisse, der sein Programm des Judenpogroms erfülle (Das Protokoll vermerkt auch hier: »Heiterkeit«). Nicht Renner verlangt also nach dem Pogrom, er ironisiert einmal mehr die hetzerische Wahlkampagne der Christlichsozialen Partei, in der sich Kunschak mit antisemitischer Hetze besonders hervorgetan hat.

Man kann diese Art von Humor, besonders nach dem Holocaust, geschmacklos finden und durchaus geteilter Auffassung über den Stellenwert von Zynismus in politischen Reden sein – nicht jedoch darüber, dass Renners Aussagen einen völlig anderen Charakter hatten, als uns Schausberger glauben machen will.

ANTISEMITISMUS IN DER ERSTEN REPUBLIK

Es ist wohl kein Zufall, dass der Versuch, durch diese Art der Wiedergabe von Zitaten den Eindruck zu erwecken, als seien alle österreichische Parteien gleichermaßen antisemitische Vereinigungen gewesen, mit der weitverbreiteten Verharmlosung des Lueger'schen Antismitismus als »populitisch-antisemitische Äußerungen«[8] einhergeht. Die Logik hinter dieser Argumentation liegt auf der Hand: Wenn »eh alle« Antisemiten waren, dann wiegt der »eigene« Antisemitismus weniger schwer.

Tatsächlich konnte der Kontrast zwischen der Sozialdemokratie und den Christlichsozialen gerade in der »Judenfrage« allerdings größer nicht sein. John Boyer hat in seiner vom Wiener ÖVP-Klub mitfinanzierten Lueger-Biographie eindrucksvoll nachgezeichnet, dass der Antisemitismus für die Christlichsozialen keineswegs nur ein gelegentliches Propagandamittel war, sondern von Beginn an als ideologisches Fundament für eine höchst heterogene Bewegung fungierte. Der Sprengstoff in Luegers politischem Erbe liegt nicht in vereinzelten »populistisch-antisemitischen Äußerungen«, sondern darin, den Antisemitismus als programmatische Grundlage für die Formierung einer Massenpartei genutzt zu haben. Das ist, neben der Beseitigung der Demokratie durch Dollfuß, die zweite große Hypothek im politischen Erbe der ÖVP.

Niemand wird ernstlich in Abrede stellen, dass es auch antisemitische Entgleisungen einzelner sozialdemokratischer Politiker gegeben hat, oder dass sich in der sozialdemokratischen Agitation ab und an antisemitische Stereotype wiederfinden lassen. Entscheidend ist aber die grundsätzlich gegenläufige Orientierung der Sozialdemokratie, die entschieden für die Gleichheit aller StaatsbürgerInnen eintrat und damit auch für die Emanzipation und Gleichberechtigung der Jüdinnen und Juden. Als eine Folge dessen war ein Gutteil des sozialdemokratischen Führungspersonals, von Bauer über Danneberg

6. Khol/Ofner/Karner/Halper (Hrsg.), Jahrbuch für Politik 2012 (2013) 483 (486).
7. http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=spe&datum=0003&page=1664&size=45
8. Khol/Ofner/Karner/Halper (Hrsg.), Jahrbuch für Politik 2012 (2013) 483.

und Tandler bis hin zu Breitner, jüdischer Herkunft – bei allen bürgerlichen Parteien dieser Zeit völlig undenkbar. Ein Gutteil der christlichsozialen Agitation richtete sich ja nicht zufällig gegen den »verjudeten Charakter« der Sozialdemokratie. Die war schlicht die einzige nicht-antisemitische Partei Österreichs.

UNREDLICHE ABSICHTEN

Nun sollte in der kritischen Beurteilung von Karl Renner (und anderen Sozialdemokraten) wahrlich kein Tabu gesehen werden. Renner war, wie bereits dargestellt, schon unter Zeitgenossen durchaus umstritten. Gerade sein Verhalten 1938 kann durchaus auch Anlass zur Frage sein, ob der Ringabschnitt vor dem Parlament nach ihm benannt sein muss.

Und trotzdem zielt Schausbergers Intervention im Grunde auf etwas ganz anderes ab: Die versuchte Gleichsetzung von Renner mit Kunschak und Lueger ist ursprünglich offenbar als eine Art »Schuss vor den Bug« gedacht und wird nach der Umbenennung des Lueger-Rings relativ unverhüllt als Retourkutsche für die Entthronung des christlichsozialen Säulenheiligen zelebriert. Anscheinend soll die Sozialdemokrate »gewarnt« sein, dass eine Debatte über den Lueger'schen Antisemitismus auch den in der sozialdemokratischen Wahlwerbung zum »Bauherren zweier Republiken« verklärten Renner (und andere) treffen könnte. Diese Form von »Entlastungsangriffen« sind unwürdig und letztlich sinnlos.

Nach den wissenschaftlichen Arbeiten über den teilweise zweifelhaften Umgang mit dem NS-Erbe der Sozialdemokratie und das mehr als problematische Verhalten von Schärf, Helmer und Co gegenüber den EmigrantInnen (gerade auch der eigenen Partei) nach 1945, wäre auch die ÖVP gut beraten, sich intensiver mit ihrer Geschichte zu befassen. Die fortgesetzte Verteidigung und unkritische Integration Luegers in die Traditionspflege der ÖVP stellt, ebenso wie der Mythos Dollfuß, eine schwere, eine auf Dauer nicht tragbare Hypothek für eine sich selbst als bürgerlich-demokratische begreifende Partei dar. Die ÖVP wird dieser notwendigen Aufarbeitung ihrer Geschichte nicht ewig mit zweifelhaften Ablenkungsmanövern à la Schausberger ausweichen können.

LUDWIG DVOŘÁK
ist gf. Chefredakteur der ZUKUNFT. Eine Kurzfassung dieses Beitrags ist am 31.03.2013 im »Standard« erschienen.

Wohin führt der neue Papst seine Kirche?

Die Biographie des neuen Papstes zeichnet Adalbert Krims nach und versucht, Franziskus' erste Amtshandlungen im Kontext innerkirchtlicher Konflikte einzuordnen.

Der neue Papst hat weltweit ein enormes Medienecho ausgelöst. Jorge Mario Bergoglio ist der erste Lateinamerikaner und erste Jesuit an der Spitze der römisch-katholischen Kirche. Er war schon als Erzbischof von Buenos Aires wegen seines bescheidenen Lebensstils und seines sozialen Engagements als »Kardinal der Armen« bekannt. Die Wahl des Papstnamens Franziskus (in Anlehnung an den Bettelmönch Franz von Assisi im Mittelalter) sowie bewusste Abstriche vom päpstlichen Pomp bei seiner Amtseinführung machten den Argentinier zusätzlich populär. Der Beginn des neuen Pontifikats war aber auch von der Diskussion über die Rolle des damaligen Jesuitenprovinzials Bergoglio während der Militärdiktatur in Argentinien überschattet, wobei sogar der Vorwurf der direkten Kollaboration erhoben wurde.

EIN EISENBAHNERSOHN WIRD PAPST

Bergoglio wurde am 17. Dezember 1936 als Sohn italienischer Einwanderer in Buenos Aires geboren, wo er zweisprachig und als Doppelstaatsbürger in bescheidenen Verhältnissen aufwuchs. Sein Vater war Eisenbahnarbeiter. Jorge absolvierte nach der Schulzeit ein Diplomstudium in Chemietechnik. 1958 trat er dem Jesuitenorden bei und studierte Theologie sowie Philosophie in Argentinien und Chile. 1969 wurde Bergoglio zum Priester geweiht, bereits vier Jahre später (im Alter von nur 37 Jahren!) wurde er Provinzial seines Ordens für Argentinien (bis 1979). Von 1980 bis 1986 war er Rektor der Theologischen Fakultät der Jesuiten-Universität San Miguel in Buenos Aires. Nach Auslandsaufenthalten (auch in Deutschland) sowie der Tätigkeit als geistlicher Leiter eines Seminars in Córdoba wurde er 1992 von Papst Johannes Paul II. zum Weihbischof, 1998 zum Erzbischof von Buenos Aires und 2001 zum Kardinal ernannt. Im November 2005 wurde Kardinal Bergoglio zum Vorsitzenden der Argentinischen Bischofskonferenz gewählt und übte diese Funktion bis November 2011 aus. Am 13. März 2013 wurde er schließlich von den 115 wahlberechtigten Kardinäle zum – nach offizieller Lesart – 266. Papst der römisch-katholischen Kirche gewählt.

ALS JESUITENPROVINZIAL IN DER MILITÄRDIKTATUR

Der Militärputsch vom 24. März 1976 wurde von vielen katholischen Bischöfen begrüßt, sah man darin doch die »Verteidigung des Christentums gegen den gottlosen Kommunismus«. Außerdem waren die Diktatoren brave Messbesucher und auch in Moralfragen auf offizieller römischer Linie. Dennoch unterstützte nur eine Minderheit der Bischöfe offen die Militärdiktatur. Ein großer Teil der Hierarchie vertrat eine Position der »Neutralität« und versuchte, sich aus den politischen Auseinandersetzungen herauszuhalten – was natürlich in der Konsequenz einer Legitimierung der politischen Macht nahekam. In den oberen Kirchenrängen gab es fast niemanden, der den Putsch und die nachfolgenden Verbrechen der Militärs klar verurteilte.

Jesuitenprovinzial Bergoglio, der nicht der argentinischen Kirchenleitung angehörte, war am ehesten der Gruppe der »Neutralen« zuzurechnen und verlangte von seinen Ordensbrüdern, sich an keinen »politischen Aktivitäten« zu beteiligen. Darin lag auch der Ursprung des Konfliktes zwischen dem Provinzial und zwei Patres, die sich weigerten, auf seine Anweisung hin ihre Pfarrerstellen in einem Elendsviertel aufzugeben. Jalics und Yorio waren Anhänger der »Theologie der Befreiung« und leisteten Sozialarbeit unter den Ärmsten. Deshalb wurden sie verdächtigt, mit der Guerillabewegung zusammenzuarbeiten. Zwei Monate nach dem Putsch wurden

die beiden verhaftet, schwer gefoltert und erst nach über fünf Monaten wieder freigelassen (Yorio ging zuerst nach Rom und dann nach Uruguay, wo er im Jahr 2000 verstarb; der aus Ungarn stammende Jalics übersiedelte – nach einem Zwischenaufenthalt in den USA – nach Deutschland, wo er noch heute lebt).

Der argentinische Enthüllungsjournalist Horacio Verbitsky, der selbst zur Zeit der Militärdiktatur in der Guerillabewegung aktiv war und die Hauptquelle der Vorwürfe gegen Bergoglio ist, hat in seinem Buch »El Silencio« (»Das Schweigen«) sowie in zahlreichen Zeitungsartikeln dem damaligen Jesuitenprovinzial vorgeworfen, Jalics und Yorio an die Militärs ausgeliefert zu haben. Dabei stützte sich Verbitsky auch auf mündliche Aussagen der beiden Jesuiten. Wenige Tage vor der Papstwahl 2005 erstattete der argentinische Menschenrechtsanwalt Marcelo Perrilli bei der Staatsanwaltschaft in Buenos Aires Strafanzeige gegen Kardinal Bergoglio wegen des Verdachts auf Verwicklung in die Entführung der beiden Jesuitenpatres im Jahr 1976. Angeblich soll diese Anzeige auch mit dazu beigetragen haben, dass Bergoglio, der in zwei Wahlgängen der aussichtsreichste Gegenkandidat zu Kardinal Ratzinger war, seine Kandidatur bei der Papstwahl zurückgezogen hat.

Gegen Bergoglio wurde keine Anklage erhoben. Als Zeuge vor Gericht sagte er 2010 über den Fall der beiden Jesuitenpatres: Er habe Jalics und Yorio nach dem Militärputsch vor den Gefahren gewarnt und ihnen Schutz im Jesuitenhaus angeboten, was diese abgelehnt hätten. Nach ihrer Verhaftung habe er sich für sie eingesetzt, u. a. in direkten Gesprächen mit den Junta-Führern Videla und Massera: »Ich habe getan, was ich – angesichts meines Alters und meiner wenigen Beziehungen – tun konnte, um den Verschwundenen zu helfen.«

Bereits wenige Stunden nach der Papstwahl 2013 flammte die Diskussion um die Geschehnisse von 1976 erneut auf. In Internetforen und sozialen Medien nicht nur in Argentinien, sondern weltweit wurden Berichte über die angebliche Komplizenschaft Bergoglios mit der argentinischen Militärdiktatur verbreitet (z. T. sogar nachweisliche Falschmeldungen bzw. gefälschte Fotos). Der argentinische Friedensnobelpreisträger 1980, Adolfo Perez Esquivel, – selbst Folteropfer der Diktatur – verteidigte hingegen den neugewählten Papst: »Es gab Bischöfe, die Komplizen der Diktatur waren, aber Bergoglio nicht. Im Gegenteil: Er hat viele gerettet und versteckt, die von der Militärdiktatur verfolgt wurden.« Und P. Franz Jalics, einer der beiden Jesuiten, die Vorwürfe gegen Bergoglio erhoben hatten, meldete sich mit einer schriftlichen Erklärung zu Wort, in der es u. a. heißt: »Früher neigte ich selber zu der Ansicht, dass wir Opfer einer Anzeige geworden sind. Ende der 90er-Jahre aber ist mir nach zahlreichen Gesprächen klar geworden, dass diese Vermutung unbegründet war. Es ist daher falsch zu behaupten, dass unsere Gefangennahme auf die Initiative von Pater Bergoglio geschehen ist.« Der zweite betroffene Jesuitenpater, Orlando Yorio, war offenbar bis zu seinem Tod von einer Mitschuld Bergoglios an seiner Entführung im Jahre 1976 überzeugt.

DESINFORMATION

Die französische Zeitung »La Croix« hat inzwischen in Buenos Aires recherchiert, worauf sich die Vorwürfe des Journalisten Verbitsky stützen. Der entführte Jesuitenpater Yorio hatte die Information, dass er und Jalics auf Grund einer Beschwerde Bergoglios über Guerilla-Kontakte der beiden verhaftet worden seien, 1977 von einem kolumbianischen Jesuiten in Rom erhalten, der einer offensichtlichen Desinformation durch den Botschafter der argentinischen Junta beim Heiligen Stuhl aufgesessen war. Verbitskys zweite Quelle ist ein Aktenvermerk eines Beamten des Kultusministeriums in Buenos Aires aus dem Jahr 1979, in dem dieser davon abriet, »den Pass eines Agitators (Anm.: Franz Jalics), der 6 Monate… wegen des Verdachtes von Kontakten mit den Guerilleros festgehalten wurde… zu verlängern« (»La Croix«, 26. 3. 13). Der Beamte berief sich dabei auf Bergoglio, der allerdings den Verlängerungsantrag im Namen von Jalics eingebracht hatte. Der argentinische Menschenrechtsanwalt Leandro Despouy, der von

2003 bis 2009 UNO-Sonderberichterstatter für die Unabhängigkeit der Rechtssprechung war, hält es für absurd, »solchen Beamten Glauben zu schenken, die Verbrecher waren und denen es auf eine Lüge mehr nicht ankommt«.

Dennoch bleibt offen, warum sich bei Yorio und Jalics so lange die Überzeugung gehalten hat, dass Bergoglio sie »verraten« habe. Da er sie nach dem Putsch vor die Alternative »Entweder das Armenviertel oder den Orden zu verlassen« gestellt und darüber offenbar auch der Ordenszentrale in Rom berichtet hatte, fühlten sie sich von ihm im Stich gelassen und haben daher auch falschen Informationen Glauben geschenkt, wonach Bergoglio sie direkt bei der Junta angeschwärzt habe. Jalics berichtete auch von einer persönlichen Entschuldigung Bergoglios für Fehler, die dieser gemacht hat, und von der erfolgten Versöhnung mit ihm. Yorio starb leider unversöhnt – und die bitteren Vorwürfe gegen seinen früheren Provinzial werden nun von seiner Familie weitergetragen.

KARDINAL DER ARMEN

Bergoglio wurde im Jahre 1992 dem erzkonservativen Kardinal von Buenos Aires und Vorsitzenden der argentinischen Bischofskonferenz, Antonio Quarracino, als Weihbischof zur Seite gestellt. Quarracino, der während der Militärdiktatur Bischof von Avellaneda war, wurde im Jahr 1978 als Apostolischer Visitator nach San Salvador geschickt, um dort die Amtsführung von Erzbischof Oscar Arnulfo Romero zu beobachten, der wegen seiner befreiungstheologischen Predigten von rechten Kreisen im Vatikan angezeigt worden war. Quarracino schlug in seinem Bericht eine de facto Entmachtung Romeros vor. Ob der Vatikan dieser Empfehlung nachgekommen wäre, weiß man nicht, da der Erzbischof von San Salvador am 24. März 1980 im Auftrag der Rechten ermordet wurde.

Nach dem Tod von Kardinal Quarracino am 28. Februar 1998 wurde Jorge Mario Bergoglio zunächst sein Nachfolger als Erzbischof von Buenos Aires, 2001 ernannte ihn Papst Johannes Paul II. auch zum Kardinal. Es versteht sich von selbst, dass für eine solche kirchliche Schlüsselfunktion nur ein Mann in Frage kam, der in der Theologie absolut romtreu war. Bis 1990 (also während des Kalten Krieges) war das entscheidende Kriterium bei der Neuernennung von Kardinälen in Lateinamerika, dass diese die Befreiungstheologie ablehnten – und stramm antikommunistisch ausgerichtet sein mussten, wodurch vor allem in den 1980er-Jahren zunehmend Anhänger des reaktionär-elitären »Opus Dei« zum Zug kamen. Die Verschärfung innerkirchlicher Spannungen führte dann zu einer gewissen Abmilderung der vatikanischen Personalpolitik in Lateinamerika: zwar gab es keine prinzipielle Abkehr von den bisherigen Auswahlkriterien, doch wurden eher gemäßigtere Konservative mit einer gewissen sozialen Sensibilität ernannt. Diese Kriterien trafen offenbar auf Bergoglio zu.

Nachdem es bereits 2003 wegen der Abschaffung der Amnestiegesetze für Juntaverbrechen zu Spannungen zwischen Präsident Néstor Kirchner einerseits und Kardinal Bergoglio sowie der Bischofskonferenz andererseits gekommen war, führte die Liberalisierung der Abtreibungsgesetze und die Gleichstellung homosexueller Paare zum offenen Konflikt. Als Bergoglio 2010 die Homo-Ehe als »Angriff auf den Plan Gottes« und einen »Schachzug des Teufels« bezeichnete, antwortete Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner scharf: Sie fühle sich an »die Zeiten des Mittelalters und die Inquisition« erinnert. Allerdings muss man auch darauf hinweisen, dass Bergoglio in Fragen der Sexualmoral nur die offizielle Haltung der römisch-katholischen Kirche vertreten hat. Hätte er das nicht getan, wäre er wohl kaum von Johannes Paul II. zum Kardinal ernannt und von über 80 Prozent der Kardinäle zum Papst gewählt worden.

Trotz seiner konservativen theologischen Positionen hat sich Bergoglio in Argentinien bei der militanten katholischen Rechten – wie vor allem dem traditionalistischen Instituto del Verbo Encarnado (IVE – Institut des fleischgewordenen Wor-

tes) – keine Freunde gemacht. Das IVE wurde 1984 in Argentinien gegründet und hat sich von dort in 37 Länder auf fünf Kontinenten ausgebreitet. Als Bergoglio Erzbischof von Buenos Aires wurde, schloss die argentinische Bischofskonferenz das Seminar des IVE und stoppte dessen Priesterweihen. Über den Gründer und andere Amtsträger des Instituts wurden Restriktionen verhängt. Aber mit Hilfe des damaligen vatikanischen Kardinalstaatssekretärs Angelo Sodano wurde der Hauptsitz des IVE in die kleine italienische Diözese Velletri-Segni verlegt, die zur Kirchenprovinz Rom gehört und formell von einem Kurienkardinal geleitet wird (bis 2005 war das Kardinal Ratzinger, seither der nigerianische Kurienkardinal Francis Arinze).

Auf diese Weise konnten die Restriktionen der argentinischen Bischofskonferenz umgangen werden. Außerdem verschaffte Sodano im Jahr 2004 dem Institut den kirchenrechtlichen Status einer »Kongregation bischöflichen Rechts«. Bergoglio hatte also schon seit Beginn seiner Kardinalslaufbahn einen Konflikt mit dem Zentrum der Kurie, was ihn sicher auch für eine Reform dieser vatikanischen Behörde motivieren wird.

Die Popularität, die Bergoglio in den 14 Jahren als Erzbischof von Buenos Aires gewonnen hat, ist vor allem seinem einfachen Lebensstil und seiner glaubwürdigen Solidarität mit den Armen zu verdanken. Er wohnte in einem gewöhnlichen Miet-Appartement und nicht im erzbischöflichen Palais. Für den Weg zur Arbeit nutzte er öffentliche Verkehrsmittel statt der Dienst-Limousine. Zu Weihnachten und Ostern besuchte er ein Krankenhaus für arme Kinder oder ein Gefängnis. Der Koordinator der argentinischen »Priester mit einer Option für die Armen«, Jesuitenpater Eduardo de la Serna, sagte über seinen Ordensbruder Bergoglio, er sei als Erzbischof – nach einer Reihe von »Kirchenfürsten« – der erste »Hirte« gewesen, der sich bewusst den Menschen genähert und die Füße von AIDS-Kranken oder schwangeren Frauen gewaschen und die Lumpensammler auf der Plaza de la Constitución gesegnet hat. Er hat sich jedoch nicht auf sozial-caritative Tätigkeit beschränkt, sondern auch Kritik am Wirtschaftssystem geübt: »Wir leben in einem Teil der Welt, der am meisten gewachsen ist und dennoch die Armut am wenigsten verringert hat«, sagte er bei einem Treffen lateinamerikanischer Bischöfe. »Die ungleiche Verteilung der Güter ist eine soziale Sünde, die zum Himmel schreit und so vielen Brüdern und Schwestern die Möglichkeit eines erfüllten Lebens vorenthält.«

PAPST FRANZISKUS SETZT ZEICHEN

Dass Bergoglio in einem der kürzeste Konklave der Geschichte mit so großer Mehrheit (über 80 Prozent) zum Papst gewählt wurde, ist jedenfalls auch Ausdruck der großen Unzufriedenheit mit der römischen Kurie angesichts diverser Skandale und der Erwartung, dass ein lateinamerikanischer Papst, der aber zugleich Italiener ist, und der in keiner Weise in das Intrigengeflecht der Zentrale eingebunden war, am ehesten eine Kurienreform auf den Weg bringen könnte.

Der Münchner Kardinal Reinhard Marx sagte zwei Wochen nach der Papstwahl über die Stimmung im Konklave: »Es war ein Grundgefühl bei den Kardinälen, dass sich etwas ändern muss, dass man Zuständigkeiten neu überlegen muss, dass man die Skandale der Vergangenheit aufarbeiten muss.« Dennoch war es überraschend, dass Bergoglio sich mit der Namenswahl keinen bisherigen Papst der Kirchengeschichte zum Vorbild nahm, sondern den italienischen Bettelmönch und Wanderprediger Franziskus (1181–1226). Beim Empfang für Medienmitarbeiter begründete er seine Namenswahl: »Franz von Assisi ist für mich der Mann der Armut, der Mann des Friedens, der Mann, der die Schöpfung liebt und bewahrt.« Und er bekräftigte, dass seine Wunschvorstellung eine »arme Kirche für die Armen« sei.

Das ist wohl auch der Grund, warum so viele vom Vatikan gemaßregelte Kirchenkritiker (wie Hans Küng) und Befreiungstheologen (wie Leonardo Boff), aber auch fortschrittliche Bischöfe (wie Erwin Kräutler) durchaus Hoffnungen in den

neuen Papst setzen. Küng kommentierte dessen ersten Auftritte so: »Es ist bereits nach den ersten Tagen ein radikaler Wandel zu sehen. Das gibt Hoffnung, dass der neue Papst auch noch zu weiterem Wandel fähig ist.« Und Boff sagte: »Ich bin ermutigt von dieser Wahl, die ich als ein Versprechen für eine Kirche der Einfachheit und der ökologischen Ideale betrachte… Er ist in die Slums gegangen und hat mit den Menschen dort gesprochen, er hat soziale Ungerechtigkeiten angeprangert. Und er hat vorgelebt, was er predigte.« Der aus Vorarlberg stammende brasilianische Bischof Kräutler, der u. a. auch Träger des Bruno-Kreisky-Preises für Menschenrechte ist, meinte in einem SPIEGEL-Interview: »Franziskus ist ein offener Mensch und ein guter Seelsorger, das lässt hoffen.«

Papst Franziskus, der sich in seinen Reden immer nur als »Bischof von Rom« bezeichnete, hat sich auch mit demonstrativen Gesten der Bescheidenheit und Volksnähe deutlich vom Zeremoniell und Pomp seiner Amtsvorgänger abgesetzt, was bei den Medien und in der Öffentlichkeit gut angekommen ist, allerdings im Vatikan selbst – und vor allem bei traditionalistischen Katholiken – auch zu Missstimmung führte.

»Die ultrakonservativen Katholiken haben derzeit Mühe mit der Papsttreue. Die Revolutionierung der päpstlichen Umgangsformen hat bereits viele der bisherigen Ratzingergetreuen erschüttert«, schrieb DER SPIEGEL und zitierte einen katholischen Traditionalisten: »Franziskus ist nicht demütig. Es ist Größenwahn zu glauben, das Papsttum neu erfinden und sich über das hinwegsetzen zu können, was 20 christliche Jahrhunderte geschaffen haben«. Auch die traditionalistische Piusbruderschaft, deren kirchliche Wiedereingliederung Benedikt XVI. besonders am Herzen lag, hat sich bereits deutlich von Aussagen des neuen Papstes – insbesondere zum Dialog mit anderen Religionen – distanziert.

Zusätzlichen Auftrieb erhielt die konservative Kritik durch die Gründonnerstagsmesse in einem römischen Jugendgefängnis: Papst Franziskus hatte dort auch Nichtchristen und Frauen die Füße gewaschen. Für säkularisierte Menschen klingt das nicht besonders spektakulär. Aber im katholischen Kontext ist es ein Tabubruch, da die Fußwaschung auf das Letzte Abendmahl zurückgeht, bei dem Jesus den zwölf Aposteln die Füße wusch. Und mit Hinweis darauf, dass Jesus nur Männer als Apostel auswählte, wird ja bis heute von der römisch-katholischen Kirche die volle Gleichstellung der Frauen – und vor allem deren Priesterweihe – abgelehnt. Vatikansprecher Federico Lombardi räumte ein, dass sich der Papst nicht an die römisch-katholischen Liturgieregeln gehalten habe, dies sei aber eine »situationsbedingte Ausnahme« gewesen. Konservative Kritiker meinten hingegen, Franziskus habe damit ein »fragwürdiges Beispiel« für den Umgang mit Kirchenregeln gegeben.

WIDERSPRÜCHLICHE SIGNALE

Dass der neue Papst aber durchaus widersprüchliche Signale aussendet, wurde gleich bei seiner ersten Predigt – vor den Kardinälen – deutlich. Befremdlich war vor allem ein Zitat des französischen katholischen Schriftstellers Léon Bloy (1846 – 1917), der eine radikale Christusnachfolge in totaler Armut propagierte: »Wer nicht zum Herrn betet, betet zum Teufel. Wer sich nicht zu Christus bekennt, gibt die Welt der Weltlichkeit des Teufels anheim.« Während der Papst sonst bei seinen ersten Auftritten bemüht war, auch Anders- oder Nichtgläubige anzusprechen, so wäre dieser Satz – wenn man ihn wörtlich nimmt – nichts anderes als eine mehr als heftige Verdammung aller, die sich nicht zu Christus bekennen. Wenn man dazu noch seine Aussagen über Homo-Ehe in Argentinien nimmt, so ist irritierend, dass der Teufel offenbar eine wichtige Rolle im Denken von Papst Franziskus spielt.

Welche Weichen das neue Oberhaupt für die Zukunft der katholischen Kirche stellen wird, sollte sich schon bald bei der Neubesetzung der vatikanischen Zentralstellen zeigen. Weitere dringende Herausforderungen, die er ebenfalls rasch in Angriff nehmen muss, sind die Reform der Kurie und die Zukunft der vatikanischen Finanzen (vor allem der Vatikan-

bank) – Stichwort: »eine arme Kirche für die Armen!« – , die Aufarbeitung und Verhinderung von Missbrauchsfällen etc. Bergoglios kirchliche Karriere war von vielen Widersprüchen und Ambivalenzen gekennzeichnet. Als Papst Franziskus wird er nun an seiner eigenen Zielsetzung zu messen sein. Allerdings: Änderungen in Glaubens- oder Moralfragen wird es unter diesem Papst wohl nicht geben, aber doch so manche Überraschungen in der Ausübung seines Amtes und im Umgang mit tradierten Kirchenregeln.

ADALBERT KRIMS

lebt seit 1970 als Journalist in Wien. Von 1991 bis zu seiner Pensionierung 2011 war er Redakteur beim ORF. Er ist Chefredakteur der Zeitschrift »Kritisches Christentum« und u. a. Autor des Buches »Karol Wojtyla – Papst und Politiker« (Köln 1983 und 1986), das in Übersetzungen auch in den Niederlanden, Mexiko und Kolumbien erschienen ist.

Grandioses Werk oder »Verbindung von Oberflächlichkeit mit Verdrängung«?

Die katholische Kirche beschäftigt Österreich derzeit auf vielfache Weise. Während mit Spannung die ersten Schritte des neuen Papstes in Rom verfolgt werden, startet in Österreich ein Volksbegehren gegen »Kirchenprivilegien«. Im März 2013 erschien zudem der letzte Band von Karlheinz Deschners »Kriminalgeschichte des Christentums«, was Karl Wimmler zum Anlass für eine Besprechung des Opus Magnus und seine Bedeutung nimmt.

Das erste kirchengeschichtliche Werk des am 23. Mai 1924 geborenen Franken Karlheinz Deschner erschien bereits 1962 unter dem Titel »Abermals krähte der Hahn«. Nach erfolgreichen Romanen und literaturkritischen Arbeiten mündete seine Arbeit schließlich in ein Lebenswerk, das »in einer Kontinuität (steht), die vom 12. Jahrhundert über Luther und Nietzsche zum 20. Jahrhundert heraufführt«. So das Urteil des bedeutende österreichischen Kulturhistorikers Friedrich Heer über Deschner bereits vor Beginn des Erscheinens der »Kriminalgeschichte des Christentums«. Und es gilt auch heute noch, was der deutsche Arzt und Wissenschaftsjournalist Hoimar von Ditfurth vor drei Jahrzehnten feststellte: »Keinem einzigen der von Deschner reportierten historischen Fakten ist kirchlicherseits bisher widersprochen worden.«

ENTTÄUSCHUNG?

Wer die »Kriminalgeschichte des Christentums«, das Opus Magnum Karlheinz Deschners, seit dem ersten, 1986 erschienenen Band, verfolgte, wird – je nach Standpunkt – eine gewisse Enttäuschung, Verwunderung oder Schadenfreude nach Erscheinen des nunmehr zehnten und letzten Bandes, der im März 2013 in die Buchhandlungen kam, nicht verhehlen können. War doch der erste Band mit über 500 Textseiten bereits so umfangreich, dass der Anmerkungsapparat in den zwei Jahre danach erschienenen zweiten Band übersiedeln musste – während der nunmehrige 10. Band der Kriminalgeschichte (»18. Jahrhundert und Ausblick auf die Folgezeit«) mit wenig mehr als dreihundert Seiten selten schmal geraten ist. Und auch das etwas gemogelt durch den Abdruck des Inhaltsverzeichnisses aller zehn Bände und das Nachwort des jahrzehntelangen Lektors und Verlagsbetreuers Gieselbusch. Andererseits – dass dieser Autor das Werk noch abschließen würde, hätte dem heute fast Neunzigjährigen vor zehn Jahren, als der achte Band noch nicht erschienen war, vermutlich kaum jemand zugetraut. Erst recht nicht bei Erscheinen des ersten Bandes. Da war Deschner 62 Jahre alt! »Natürlich gab es in den Jahrzehnten der Arbeit an der Kriminalgeschichte auch Phasen depressiver Stimmung, Momente der Hoffnungslosigkeit«, schreibt Gieselbusch im Nachwort: »Auf Dauer ist kein Mensch dazu fähig, einer solch konstanten Belastung, die die selbstgestellte Aufgabe eben auch bedeutet, ohne Zermürbungserscheinungen über Jahre gewachsen zu bleiben. (…) Noch später war es nötig, den älter werdenden Autor zu ermutigen und zu ermuntern.« – Zugegeben, das merkt man dem letzten Band an (den vorangegangenen bis zum neunten ausdrücklich nicht).

Deschner blieb bekanntlich zeitlebens ein Einzelgänger, an keiner Institution, Forschungseinrichtung, Universität verankert und schuf dennoch ein Werk, an dem sich mittlerweile bereits Generationen von Kirchenvertretern die Zähne ausgebissen haben. Warum das so ist, das kann man auch im nun erschienenen Abschlussband der »Kriminalgeschichte« nachlesen. Obwohl er gegenüber den vorangegangenen Werken den den nachlassenden Kräften des Alters geschuldeten Nachteil hat, weniger durchkomponiert zu sein, sowohl im historischen Zusammenhang der einzelnen Kapitel als auch in der literarisch-erzählerischen Qualität, die der Leser, die Leserin aus den vorangegangenen Werken, aus Deschners Schreiben überhaupt, gewohnt ist. Das mindert zwar vergleichsweise in Verbindung mit der Verknappung den Genuss und die Fülle an Erkenntnis, rechtfertigt es aber nicht, von einem misslungenen Abschluss des Werks zu sprechen. Es ist

1. H.Egghardt, Prinz Eugen. Der Philosoph in Kriegsrüstung, Wien 2007.
2. Hans Wollschläger, Leitfaden a priori, in: H. Gieselbusch, M. Schmidt-Salomon (Hrsg.), »Aufklärung ist Ärgernis …«, Karlheinz Deschner. Leben-Werk-Wirkung, Aschaffenburg 2006.
3. »Kunst+Kultur« Nr.3/05 (Herausgeber: ver.di) http://www.deschner.info/de/person/interviews/kunstkult1.pdf

kein Torso, obwohl davon ausgegangen werden kann, dass ein heute zwanzig Jahre jüngerer Deschner manche Dinge erheblich ausführlicher und pointierter zu Papier gebracht hätte. Aber, ein Glücksfall, man kann für die beiden Jahrhunderte, die auf den im 10. Band behandelten Zeitraum folgen, das 1982/1983 erschienene, insgesamt fast 1400 Seiten umfassende zweibändige Werk »Ein Jahrhundert Heilsgeschichte«, 1991 wieder aufgelegt unter dem Titel »Die Politik der Päpste im 20. Jahrhundert« und nun gleichzeitig mit dem zehnten Band als »Die Politik der Päpste« neu erschienen, als *Fortsetzung der »Kriminalgeschichte« lesen, da es auch das 19. Jahrhundert einbezieht und zudem thematisch beginnt, wo die »Kriminalgeschichte« endet* (Deschner).

ARMUT ALS MASSENPHÄNOMEN

Die neun Kapitel der *Kriminalgeschichte* X. beginnen mit den Blutbädern der skandinavischen und russischen (orthodoxen) Christenführer und enden mit dem, was als zentraler Antrieb Deschners und Mittelpunkt seines sozialen und historischen Denkens gelten kann: dem Schicksal der Massen – auf den konkreten Zeitraum bezogen, der »Armut als Massenphänomen im Absolutistischen Zeitalter«. Nachdem er drastisch genug dargelegt hat, was demgegenüber Interesse und Handeln der christlichen Kirchen aller Konfessionen war.

Und dazwischen, nicht zuletzt aus österreichischer Perspektive von besonderem Interesse, ein Kapitel über Prinz Eugen, den »edlen Ritter« (und ein weiteres über den Josefinismus). Eugen *steht hier also nicht so sehr als Christ als.…im Hinblick auf die Christenheit, wegen seiner »Rezeption« durch sie. Wissen wir doch gar nicht recht, was er geglaubt oder nicht geglaubt hat. Er war kein eigentlicher »miles christianus«. Entscheidend jedoch ist, dass er als solcher ganzen christlichen Generationen ins Gedächtnis gegraben und zum Vorbild gemacht….wurde (…), weil er so viel von jenem ominösen Komplex verkörpert und ausstrahlt, den man, immer wieder und noch, platt rhetorisch und ebenso nichts- wie vielsagend, mit dem Schlagwort »unsere Werte« oder »unsere christlichen Werte« umschreibt.(…)«Unsere christlichen Werte«, das ist jene wilde Mischung aus falschem Glanz, aus Devotion, aus üblem Untertanenkampfgeist und fataler Todbereitschaft zum Nutzen weniger und zum Verderben vieler.*

Deschner belässt es natürlich nicht bei solch zutreffender Polemik, sondern zitiert u.a. Eugen nach der Schlacht bei Zenta (1697), als 25.000 Türken *die Walstatt bedeckten oder in der Theiß versanken: «Meine Leute konnten auf den Leichen der Feinde stehen wie auf einer Insel«*. (Und Deschner vergisst auch nicht darauf hinzuweisen, dass eine *Wiener Publikation 2007*[1] zu eben dieser Schlacht titelte: »Erste Sternstunde«.) *Es war die Begründung der neuen österreichisch-ungarischen Monarchie, der neuen »Weltstellung des Kaiserhauses«(Schüßler). Auch der »Blitzkrieg« in Bosnien wird unter dem Prinzen mit gnadenloser Härte, ohne jedes Erbarmen geführt, Sarajevo geplündert und mit seinen mehr als hundert Moscheen vollständig verbrannt, desgleichen die ganze Umgebung eingeäschert, insbesondere alle Häuser der Türken*. – Worauf richtet sich der historische Blick? Deschner schaut durchaus mit Brecht: »Das große Rom / Ist voll von Triumphbögen. Wer errichtete sie? Über wen / Triumphierten die Cäsaren? / (…) Alle zehn Jahre ein großer Mann. / Wer bezahlte die Spesen?«

SARKASTISCHER KRITIKER

Wie kaum ein anderer ist Deschner ein sarkastischer Kritiker jener Verballhornung von Geschichtswissenschaft, die »die menschenfressenden Bandenkämpfe der ›Familien‹ im Mittelalter bequem in irgendeiner ›Reichsidee‹ unterkommen (lässt); wie das Nachrichtenwesen des Tages, für das noch der erwiesene Gangster ein distanzierter ›Staatschef‹ bleibt« (Wollschläger[2]). Deschner beruft sich dabei ausdrücklich nicht auf *den von mir (der ich nie Marxist war) hochgeschätzten Karl Marx*[3] – ja, auf wen beruft er sich überhaupt? Auf niemanden eigentlich. Wohl gern auf Nietzsche, der ihm offenbar als jungem Mann manche Augen geöffnet hat. Aber er geht an keinen Autor und Wissenschaftler, schon gar nicht an sich selbst, mit Unfehlbarkeitsansprüchen heran, greift zu dem, was ihm der Wahrheit nahe scheint, durchaus und mit erklärter Parteilich-

4. Karlheinz Deschner, Memento!, rororo Sachbuch, Reinbek 1999.
5. Domenico Losurdo , Stalin: Geschichte und Kritik einer schwarzen Legende, Köln 2012, € 22,90.
6. ebd. S.398f.
7. Karlheinz Deschner, Kriminalgeschichte, Band 1, Reinbek 1986, Einleitung zum Gesamtwerk, S.55.

keit voller Verachtung gegenüber allen Ausbeutern und Unterdrückern. Und er bleibt – auch abseits seiner Arbeit an der »Kriminalgeschichte« – immer zugleich aktuell: Als der polnische Papst der runden Zahl huldigend das Jahr 2000 zum »Heiligen Jahr« und darin wiederum zum »großen Bußakt« ausruft, zaubert Deschner unter dem Titel *Memento! einen kleinen Denkzettel* aus dem Ärmel und stellt ihm eine Widmung voraus: *Allen Opfern der Balkankriege im 20. Jahrhundert gewidmet, insbesondere den Opfern der Nato 1999.*[4]

Nicht lange vor Deschners letztem Band der »Kriminalgeschichte« erschien in deutscher Sprache das Buch »Stalin. Geschichte und Kritik einer schwarzen Legende« des italienischen Philosophen und Publizisten Domenico Losurdo[5], der es im Jänner 2013 in mehreren Veranstaltungen in Österreich auf Einladung der KPÖ bzw. ihrer Organisationen vorstellte. Dieses 2008 in Rom erschienene Werk ist nicht nur, aber auch in unserem Zusammenhang von Interesse.

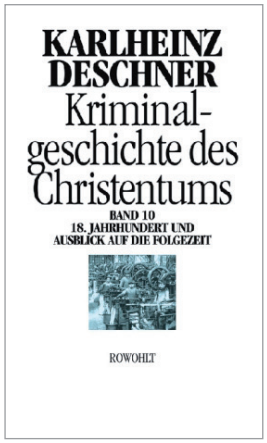
ALTBACKEN UND FALSCH

Denn Losurdo bezieht sich ausdrücklich auch auf Karlheinz Deschners Opus Magnum, indem er nach vierhundert Seiten Mixtur aus bisweilen interessanter Demaskierung der von den westlichen Imperien ausgehenden Stalin-Dämonisierung einerseits und altbackener Stalin-Apologetik samt Staatsmachtverherrlichung andererseits behauptet, das auch unter Linken verbreitete negative Stalin-Bild entstamme einem Akt der »Kriminalisierung«. Und ein derartiges Bild sei nicht den historischen Tatsachen entsprechend, denn es gäbe »keine historische Bewegung, die man nicht einer ähnlichen Kriminalisierung aussetzen könnte«. So sei es »beim heutigen ›Krieg dem Terror‹-Klima«, in dem »die Ausbreitung des Islams als die Geschichte einer blutigen und unbarmherzigen Eroberung« rekonstruiert werde, »die grausam gegen die Besiegten vorgeht und nur eine riesige Blutspur hinterlässt. (…) Auf der Gegenseite können wir allerdings die Veröffentlichung einer monumentalen *Kriminalgeschichte des Christentums* verzeichnen: Im Mittelpunkt stehen hier die Verurteilung der Intoleranz und der Gewalt, die schon dem Anspruch innewohne, den einzigen wahren Gott zu kennen, die empörte Verurteilung der Ausrottungs-Kreuzzüge, der Religionskriege, der Inquisition, der Hexenjagd, der Legitimierung des kolonialen Expansionismus des Westens mit seinen Gräueln, der noch im 20. Jahrhundert tyrannischen und blutgierigen Regimen geleisteten Unterstützung. Und erneut verbindet sich Oberflächlichkeit mit Verdrängung: Indem nämlich das Christentum die Idee der Gleichheit unter den Menschen predigt und noch im 18. und 19. Jahrhundert die abolitionistische Bewegung gegen die Sklaverei anführt, stellt es ein wesentliches Kapitel des Prozesses der Herausbildung der demokratischen Gesellschaft dar.«[6]

Das nun schlägt allerdings dem Fass mehr als den Boden aus. Lassen wir einmal die Beurteilung des Islam durch das jahrzehntelange KPI-, dann Mitglied des Partido della Rifondazione Communista, ebenso beiseite wie die Bagatellisierung des Deschner'schen Unterfangens. Was hält er der »Kriminalgeschichte« entgegen? – 1. Das angeblich christliche Predigen »der Idee der Gleichheit unter den Menschen« und 2. »die abolitionistische Bewegung gegen die Sklaverei«.

NEUE UNFREIHEIT

Nun ist es gerade Deschner, der seit Jahrzehnten immer wieder darauf hinweist, dass die »Idee der Gleichheit« alles andere als eine christliche ist, ja dass schon Paulus nicht nur in seinem Brief an die Römer die Gemeinde auffordert, den Kaiser als göttliche Ordnung zu betrachten und die Institution der Sklaverei anzuerkennen (Römer 13,1 ff., während zur gleichen Zeit Gegner dieses ersten Christen Sklaverei und Autokratie ablehnten). Dass, wie es am Ende der »Kriminalgeschichte X.« heißt, *Paulus, Augustinus, Thomas von Aquin, die größten Leuchten dieser Religion, auf das Beredteste durch alle Zeiten auch die Sklaverei propagiert (haben), die Catholica von Generation zu Generation stets neue Unfreiheit verhängt und unter allen europäischen Großstädten das päpstliche Rom auch am längsten an der Sklaverei festgehalten (hat)*. Und dass spätestens seit Kaiser Konstantin all die Jahrhunderte bis in unsere Zeit das offizielle Christentum



Karlheinz Deschner
KRIMINALGESCHICHTE DES CHRISTENTUMS
Band 10: 18. Jahrhundert und Ausblick auf die Folgezeit
Rowohlt
320 Seiten, 22,95 Euro

ständig und andauernd durch Kirchen der Herrschenden und an der Seite der Herrschenden geprägt und repräsentiert war. Wie Losurdo die »Bewegung gegen die Sklaverei« im 18. und 19. Jahrhundert in Großbritannien und Nordamerika für »das Christentum« zu reklamieren, das ist, als ob man (wie es natürlich heutzutage von den Oberhäuptern des Katholizismus gern gesehen würde) Franz Jägerstätter als »Beweis« für die untadelige Haltung der Katholischen Kirche nicht nur im und zum Nationalsozialismus, sondern auch zur Weltkriegsschlächterei gelten ließe.

STALINS METHODEN

Aber die Problematik von Losurdos Historiographie und Deschner-Schelte ist umfassender. Stalin interessiert ihn nur insoweit, als er als Wahrer und Mehrer des »Reichs des Guten« in Erscheinung trat und wirkte. Die von Stalin durchgesetzte Art und Weise der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung der Sowjetunion will Losurdo als »einzig mögliche«, um den Aggressionen westlicher Mächte samt dem nazideutschen Unterwerfungsversuch zu begegnen, gesehen wissen. Inklusive angeblichem »inneren Bügerkrieg«, den Losurdo aus den Gegebenheiten des von ihm diagnostizierten weltweiten »Dreißigjährigen Krieges« erklärt. (Und er hat, nebenbei, die Chuzpe, den Begriff des »Stalinismus«, von dem man halten mag was immer, mit dem absurden Argument für abwegig und obsolet zu erklären, in Jugoslawien unter Tito seien »Stalinisten« eingekerkert oder in Lager gesperrt worden. Als ob es nicht viel mehr die mit dem Namen Stalins verbundenen Methoden, zumindest vergleichbare Maßnahmen waren, die sowohl in der Sowjetunion, als auch im frühen Tito-Jugoslawien auf Gegner oder Feinde des jeweiligen Staates und seiner Führungsmannschaft angewandt wurden, was zur identischen Charakteristik berechtigt.)

Die von Marx begründete internationale sozialistisch-kommunistische Bewegung, die drei Jahrzehnte lang von Stalin dominiert wurde und sich auf ihn bezog, ist Losurdos Sache nicht, spielt in seinen apologetischen Stalin-Suaden keine Rolle. Noch weniger das Volk, die Völker. Es sind die »großen Männer«, die interessieren und die Geschichte machen. Wie Stalin. Mindestens eine Hälfte des Buches lang vergleicht er die Handlungen Stalins mit jenen Roosevelts, Churchills und anderer Häupter der westlichen Imperien bis hin zu Bush Jr. und fragt beispielsweise: »Sind die Anfänge Churchills wirklich erbaulicher als die Stalins?« (S.317) Schon ein Dutzend Jahre zuvor fragte er mit Verweis auf die Verbrechen der westlichen Führer: »Auf Grund welcher Logik kann man also behaupten, die Verbrechen Lenins und Stalins seien schlimmer als jene«? (D. Losurdo: Flucht aus der Geschichte? Essen 2000) – Losurdo ist der Verteidiger des »großen Staatsmanns« Stalin, der dann sinnigerweise auch auf derselben Ebene zum Stehen kommt, wie die Führer des Imperialismus.Und der »als Staatsmann« eben so und nicht anders handeln musste.

Da käme Losurdo bei Deschner nicht weit. Der kennt mit Karl Kraus nicht nur die jeweilige »große Zeit«, nämlich »als sie noch so klein war«, sondern auch *die pharisäisch vorgebrachte Floskel, die allerdings die meisten Geschichtsbücher ziert, man müsse das und das »aus der Situation der Zeit« verstehen. (…) Besonders theologische Kirchenhistoriker kommen um diese Beschwichtigungs-, Verharmlosungs-, Bagatellisierungsgeste, die keineswegs grundsätzlich verworfen werden soll, nie herum: Man müsse es verstehen, das heißt, man macht es verständlich, es wird verständlich und ist dann, hat man es erst einmal »aus dem Geist der Zeit heraus« verstanden, gar nicht mehr so schlimm, es hat sozusagen so sein müssen, ist ja die ganze Geschichte gottgewollt.*[7] Und man glorifiziert die »großen Männer« – und ignoriert deren millionenfache Opfer.

Nicht so Deschner. Er umreißt beispielsweise im nun erschienenen Band die Lage der Massen im Absolutistischen Zeitalter und stellt dieser den Umstand aus der »Kirche der Nächstenliebe« gegenüber, *dass ein rundes Drittel des amtlichen Schriftverkehrs zwischen der Wiener Nuntiatur und dem römischen Staatssekretariat in der Zeit des Siebenjährigen Krieges* (1756–1763; K.W.) *aus Kriegsberichten, nicht selten sehr detaillierten Kriegsberichten besteht*. Bei Deschner stehen die Erniedrig-

Karlheinz Deschner
DIE POLITIK DER PÄPSTE
Vom Niedergang kurialer Macht im 19.Jahrhundert bis zu ihrem Wiedererstarken im Zeitalter der Weltkriege
Alibri
1.100 Seiten, 59,– Euro

ten und Beleidigten im Mittelpunkt, bei Losurdo der Wahrer und Mehrer des »Reichs des Guten«, das jedes Verbrechen rechtfertigt und erlaubt.

Mehr noch. Losurdo, seines Zeichens Präsident der Internationalen Gesellschaft für dialektisches Denken, ist die ganze Richtung jenes Denkens suspekt, das dialektisch den Ideengebilden der Menschheit eine Wechselbeziehung mit der materiellen Wirklichkeit zubilligt. Die manchmal auch dazu führen kann, dass die Beweggründe und Motive des Ursprungs nicht nur modifiziert oder auf neue Gegebenheiten angepasst, sondern auch verraten werden können. Deswegen geht ihm die Beschreibung Deschners, die Entwicklung des Christentums von seinem Ursprung aus zu verfolgen, gegen den Strich.

Ist doch seine, Losurdos, Methode der Deschner'schen geradezu entgegengesetzt: Er nimmt das Ergebnis (allerdings willkürlich jenes bis zum Tod des Generalissimus) – und erklärt von diesem aus zumindest Teile des Gedankengebäudes von Marx und Engels für ruinös (womit er lediglich die antisozialistische Propaganda der angeblichen »Sieger der Geschichte« reproduziert): Der bei Marx grundgelegte »Messianismus« sei die Ursache für unrealistische Ansprüche an Stalin, die sozialistisch-kommunistischen »Utopien« vom »Verschwinden des Marktes, des Geldes, des Staates, der Rechtsnorm« usw. So wie die Kirchen nicht das Christentum verraten hätten, hätte auch Stalin nicht den Marxismus verraten. Er habe eben das Machbare vollbracht.

Da wäre es allerdings besser gewesen (wenn ihm schon Deschner als Nicht-Marxist nicht geheuer ist), bei Karl Kautsky nachzulesen, dessen zu seiner Zeit (1908) erschienenes, bis heute aktuelles Werk »Der Ursprung des Christentums« 2011 in Wien neu aufgelegt wurde.[8] »Wir haben gesehen«, heißt es dort gegen Ende des Buches, »dass das Christentum erst zum Siege gelangte, als es sich in das gerade Gegenteil seines ursprünglichen Wesens verwandelt hatte; dass im Christentum nicht das Proletariat zum Siege gelangte, sondern der es ausbeutende und beherrschende Klerus; dass das Christentum siegte nicht als umstürzlerische, sondern als konservative Macht, als neue Stütze der Unterdrückung und Ausbeutung; dass es die kaiserliche Macht, die Sklaverei, die Besitzlosigkeit der Massen und die Konzentration des Reichtums in wenigen Händen nicht nur nicht beseitigte, sondern befestigte. *Die Organisation* des Christentums, die Kirche, siegte dadurch, dass sie ihre ursprünglichen Ziele *preisgab* und deren Gegenteil verfocht.«[9] – Genau das weist Deschner in seiner »Kriminalgeschichte« minutiös nach.

Losurdo hingegen erinnert frappant an jenen Historiker aus meiner Studentenzeit an der Grazer Universität, der (einer der wenigen mit – bürgerlichem – Format), ebenfalls über den großen Staatsmann Stalin nichts kommen ließ (und seine innerparteilichen Gegner inklusive Trotzki geringschätzte). Dass der greise Professor Alkoholiker war, machte ihn mir sympathisch. Dass er Monarchist war, letztlich auch. Zur Entschlüsselung und Kritik der »schwarzen Legende« eignete er sich nicht. Wie auch Losurdo zur Kritik an Deschner nicht taugt.

8. Karl Kautsky, Der Ursprung des Christentums, Wien 2011.
9. ebd. S. 373.

KARL WIMMLER
lebt als Autor und Mitarbeiter des Geschichtsvereins CLIO in Graz.

THE REAL EIGHTIES

ÖSTERREICHISCHES FILMMUSEUM

REPO MAN1984, ALEX COX © ÖSTERREICHISCHES FILMMUSEUM

Schulden, Herrschaft & Gelassenheit

Wolfgang Streeck
GEKAUFTE ZEIT

Vor dem Hintergrund der Krisentheorien der 70er Jahre analysiert Streeck, wie sich die Spannung zwischen Demokratie und Kapitalismus über vier Jahrzehnte entfaltet hat und welche Konflikte daraus zwischen Staaten, Regierungen, Wählern und Kapitalinteressen resultierten. Schließlich beleuchtet er den Umbau des europäischen Staatensystems vom Steuer- über den Schulden- zum Konsolidierungsstaat.

SUHRKAMP, 271 Seiten, 25,70 Euro

John Lanchester
WARUM JEDER JEDEM ETWAS SCHULDET …

Der Autor macht aus seiner sehr britischen Euroskepsis keinen Hehl und umreißt Vorschläge, wie eine politische Einigung Europas gelingen und Europa stärken könnte, um die Finanzkrise gemeinsam zu überwinden. John Lanchester plädiert dafür, einen Schritt zurückzutreten und entschlossen zu handeln, um nicht alles, was seit dem Fall der Mauer erreicht wurde, verloren gehen zu lassen.

KLETT COTTA, 302 Seiten, 20,40 Euro

Götz Aly
DIE BELASTETEN

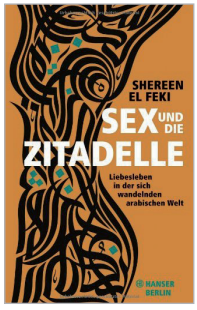
Zwischen 1939 und 1945 wurden hunderttausende Menschen ermordet, weil sie psychisch krank waren, als aufsässig, erblich belastet oder einfach verrückt galten. Nicht wenige Angehörige nahmen den Mord an ihren behinderten Kindern, Geschwistern, Vätern und Müttern als Befreiung von einer Last stillschweigend hin: eine Gesellschaftsgeschichte der »Euthanasie«-Morde.

S. FISCHER, 348 Seiten, 23,70 Euro

Pierre Bourdieu
DIE MÄNNLICHE HERRSCHAFT

Männliche Herrschaft ist das Paradigma aller Herrschaft. Sie hat sich in der sozialen Welt niedergeschlagen und ist in den Einstellungen aller präsent: als ein universelles Prinzip von Denk- und Handlungskategorien. Für Bourdieu bedarf es einer radikalen Umgestaltung jener gesellschaftlichen Verhältnisse, die die beherrschten Frauen dazu bringen, den Standpunkt der Herrschenden einzunehmen.

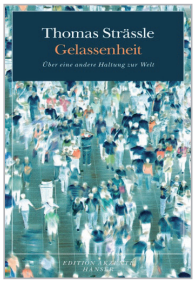
SUHRKAMP, 210 Seiten, 14,40 Euro



Shereen El Feki
SEX UND DIE ZITADELLE

Fünf Jahre lang hat Shereen El Feki Frauen und Männer in den arabischen Ländern befragt, was sie über Sex denken und welche Rolle er in ihrem Leben spielt. Sie betont, dass den Islam eigentlich eine positive Haltung zur Sexualität auszeichnet, vertritt aber zugleich die These, dass ohne einen freieren Umgang damit die politisch-soziale Entwicklung in den arabischen Gesellschaften stagnieren wird.

HANSER, 416 Seiten, 25,60 Euro

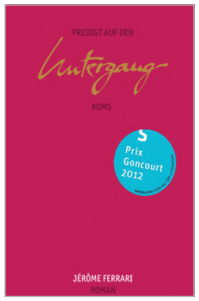


Thomas Strässle
GELASSENHEIT

Viele suchen nach ihr, die wenigsten besitzen sie: Gelassenheit. Immer wieder ist von ihr die Rede, wenn der gestresste Mensch der Gegenwart von seinen Sehnsüchten spricht. Doch worin besteht die Gelassenheit und wie erlangt man sie? Ist sie ein Zustand, in dem die Seele zur Ruhe gekommen ist? Ist sie überhaupt ein Zustand oder nicht vielmehr eine Fähigkeit, eine Haltung, eine Handlung?

HANSER, 144 Seiten, 18,40 Euro

Korsika, die Bukowina & Wien



Jérôme Ferrari
PREDIGT AUF DEN UNTERGANG ROMS

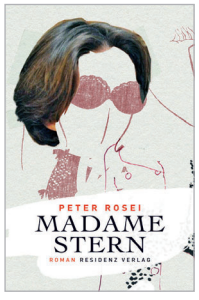
Zur allgemeinen Verwunderung haben zwei Söhne eines Dorfes irgendwo in Korsika ihr vielversprechendes Philosophiestudium auf dem Kontinent vorzeitig an den Nagel gehängt und übernehmen das Dorfbeisl. Dort richtet sich dann die Hölle selbst am Tresen ein. Und es wird ein korsisches Dorfgasthaus zur Weltenbühne des menschlichen Dramas. Der Roman erhielt den Prix Goncourt 2012.

SECESSION, 208 Seiten, 20,60 Euro

Hannes Stein
DER KOMET

Den Ersten Weltkrieg hat es nicht gegeben und Wien ist und bleibt der Nabel der Welt. Hier, in der Hauptstadt des Vielvölkerreichs, dieser Stadt voller Juden, Psychoanalytiker und Wiener Schmäh, spielt Hannes Steins erster Roman. In dieser Szenerie lässt er seinen jungen und etwas tumben Protagonisten eine Liaison mit einer Gesellschaftsdame eingehen, deren Mann gerade auf dem Mond weilt.

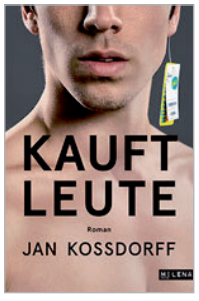
GALIANI BERLIN, 272 Seiten, 19,60 Euro



Peter Rosei
MADAME STERN

Den Aufstieg und Fall einer Frau vor dem Hintergrund einer höchst korrupten Gesellschaft: Gisela Stern hat es geschafft. Aus bescheidenen Verhältnissen stammend, hat sie in eine wohlhabende Familie eingeheiratet, sich eine Karriere in einer Bank erarbeitet und verkehrt in der sogenannten besseren Gesellschaft. Trotzdem bleibt eine ungewisse Sehnsucht, ein Gefühl der Deplatziertheit.

RESIDENZ, 160 Seiten, 19,90 Euro



Jan Kossdorff
KAUFT LEUTE

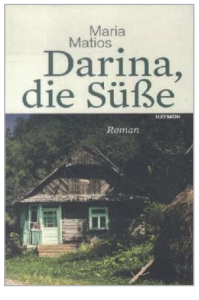
Ein Roman zum Zynismus unserer Konsumgesellschaft und des heutigen Arbeitsmarktes: Am größten Shopping-Gelände vor den Toren der Stadt öffnet ein neuer Markt seine Türen. Neu ist, dass seine Waren atmen, sprechen und im Schaufenster posieren: »Hümania« ist ein Abholmarkt für Menschen. Arbeiter, Haushaltshilfen, Lover, Lebensmenschen oder den heiß ersehnten Nachwuchs.

MILENA, 251 Seiten, 21,90 Euro

Ulli Lust, Marcel Beyer
FLUGHUNDE

Der Comic-Künstler Ulli Lust legt hier Marcel Beyers »Flughunde«, erschienen 1995, als Graphic Novel vor. Der Roman erzählt vom Ende des Zweiten Weltkriegs aus der Perspektive eines fanatischen Akustikers im Dienste der Nazis und aus der Sicht einer der Töchter Goebbels', erzählt von der Instrumentalisierung der Sprache durch die Propaganda und von Experimenten mit menschlichen Stimmen.

SUHRKAMP, 364 Seiten, 25,70 Euro



Maria Matios
DARINA, DIE SÜSSE

Maria Matios, eine der prominentesten Autorinnen der Ukraine, führt in die Welt der Bukowina. In einem Dorf lebt Darina, scheinbar stumm und nicht ganz bei Verstand. Einzig Zwytschok, dessen Herkunft niemand kennt, kümmert sich liebevoll um die Außenseiterin. Doch wie alle anderen im Dorf weiß auch er nicht, welche dramatische Geschichte sich in Darinas Vergangenheit verbirgt.

HAYMON, 232 Seiten, 19,90 Euro

Thatcher

Die feindseligen Reaktionen auf den Tod der ehemaligen britischen Premierministerin sind auch ein Ausdruck der Verzweiflung angesichts der historischen Niederlage der Linken gegen den Thatcherismus. Generationen von Ermittlern in Kriminalromanen hadern mit einem Problem: Ist jemand erst einmal tot, wollen sich selbst die erbittertsten Feinde nur noch an positive Eigenschaften des Verblichenen erinnern. Ganz anders im Fall Margaret Thatcher. In vielen großen Städten des Vereinigten Königreichs kam es an ihrem Todestag zu spontanen »Street Parties«. Die feindselige Stimmung in einem großen Teil der Bevölkerung zeigt sich auch in der Populärkultur: Der Musicalsong »Ding Dong! The Witch is Dead« wurde zur Hymne der Thatcher-Feinde und belegt auch eine Woche nach ihrem Tod unangefochten Platz 1 der Downloads bei iTunes, Amazon&Co im Vereinigten Königreich.

Es sind solche pietätlosen Symbole der massenhaften Verachtung, die dennoch nur schemenhaft erahnen lassen, was Thatcher in ihrer Ära als Premierministerin in Großbritannien angerichtet hat. Sie kann, das steht fest, auf eine außergewöhnliche Bilanz verweisen: Dreimal sicherte die erste weibliche Premierministerin der Konservativen Partei die Mehrheit im britischen Unterhaus. Um die Bergarbeitergewerkschaft zu zerschlagen, vernichtete sie einen ganzen Industriezweig; die Macht der Gewerkschaften wurde bis heute gebrochen.

Thatchers Nachfolger David Cameron behauptete in seiner Reaktion auf Thatchers Tod, mit ihren Maßnahmen habe sie Großbritannien »gerettet«. Der Thatcher-Gegner Ken Livingstone hielt dagegen: »Jedes echte Problem, das wir heute haben, ist der Tatsache geschuldet, dass sie völlig falsch gelegen ist.« Das kommt der Wahrheit jedenfalls näher als Camerons Verklärung: Thatcher stoppte weitgehend öffentliche Investitionen ins Bildungs-, Verkehrs- und Gesundheitssystem und verwendete gleichzeitig die in den 1980er-Jahren sprudelnden Ölquellen der Nordsee, um Unternehmens- und Reichensteuern zu senken. Die Privatisierung des Staatssektors und Thatchers Wirtschaftspolitik leiteten die De-Industrialisierung Großbritanniens und das schrankenlose Wachstum des Finanzsektors ein. Und die Zerstörung des sozialen Wohnbausektors hat auch in Großbritannien die Immobilienspekulation gefördert.

Der nun aufbrechende Hass gegen Thatcher sagt aber nicht nur etwas über ihre Politik, sondern auch und vor allem etwas über ihre Gegner aus: Das kollektive Aufrichten an der Abscheu vor einer Verstorbenen verrät die tiefe Ohnmacht, in die Thatchers politischer Erfolg ihre GegnerInnen gestürzt hat. Hilf- und tatenlos sahen Labour-Oppositionsführer zu, als Thatcher das 30-jährige Aufbauwerk des britischen Wohlfahrtsstaates zerstörte und trauten sich nicht einmal, so richtig dagegen zu opponieren.

Thatchers Erfolg geht weit über Wahlergebnisse hinaus: Regierungen kommen, Regierungen gehen. Was Thatchers Ära charakterisiert ist, dass ihre Politik geblieben ist. 13 Jahre lang hat die tiefe Abneigung gegen die Thatcher-Ära Tony Blair und Gordon Brown an der Macht gehalten und hat selbst 2010 eine konservative Mehrheit verhindert. Letzte Schranken für die Finanzindustrie wurden abgebaut und die Gewerkschaften an der kurzen Leine gehalten. Die großen Investitionsprogramme in Bildung und Gesundheit koppelten sie an eine fragwürdige Vermarktlichung auch dieses öffentlichen Sektors. Thatchers Erbe blieb unangetastet.

Thatcher hat nicht nur Millionen Menschen ihrer Arbeitsplätze, ihrer sozialen Sicherheit, ihrer Lebenspläne und ihrer Zukunftsaussichten beraubt. Sie hat auch Millionen die Hoffnung auf eine positive Alternative genommen. Der Preis, den sie persönlich dafür zahlen muss, ist, dass sie auch nach ihrem Tod Projektionsfläche von Zorn und Hass bleibt. Zynismus ist aber letztlich eine Zuflucht der Hoffnungslosen und ungesund für ein politisches System. Das sollte Linke auf der ganzen Welt dazu inspirieren, dafür zu sorgen, dass Gegner einer brutalen neoliberalen Politik ihren Trost nicht dereinst im Singen von Kindermusicals suchen werden.